

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 626.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Poststelle oder deren Raum 20 Pfg., Verksammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 264.

Donnerstag, den 9. November 1916.

23. Jahrg.

Die Präsidentenwahl in Amerika.

Wie wir gestern bereits kurz mitteilten, ist bei der Präsidentenwahl in Amerika der republikanische Kandidat Hughes gewählt worden, Wilson, der bisherige Präsident, ist unterlegen. Da es unsere Leser interessieren dürfte, Näheres über die Wahlhandlung selbst und über die Kandidaten zu erfahren, bringen wir nachstehend einen kurz vor der Wahl geschriebenen Artikel eines genauen Kenners der amerikanischen Verhältnisse, des Genossen M. Beer, zum Abdruck:

Der Wahlsfeldzug, der mit der Ernennung der Präsidentschaftskandidaten im August 1916 einsetzte, ist zu Ende, und am 7. d. M. gehen über 15 Millionen Bürger der Vereinigten Staaten zur Wahlurne, um den Präsidenten für die nächsten vier Jahre zu wählen.

Demokratie ist angeblich Regierung durch Diskussion. Das Reden ist somit eine demokratische Bürgerpflicht und Bürgertugend, die in Amerika bei Wahlen ihre Blütezeit erlebt. Insbesondere bei Präsidentschaftswahlen. Alle einigermaßen redogewandten Mitglieder der politischen Parteien, auch Jugendliche und Frauen, stellen sich in den Dienst der Agitation. In Hallen und auf Marktplätzen, auf Tribünen in weiten Sälen, auf leeren Warenkästen an den Straßen, auf Eisenbahnwagen an den Stationen wurde gesprochen, gepriesen und verdammt in allen Zungen der indogermanischen, semitischen und mongolischen Rassen.

Die Präsidentschaftswahl ist indirekt; die Bürger stimmen für Wahlmänner, die ihrerseits den Präsidenten wählen. Die Zahl der Wahlmänner entspricht der Zahl der Mitglieder, die jeder Staat der Union in den Kongreß (Bundesparlament in Washington) entsendet. Der letzte Kongreß bestand aus 435 Abgeordneten und 96 Senatoren. Es sollen somit 531 Wahlmänner gewählt werden, wobei auf jeden der 48 Staaten der Union je nach Größe der Bevölkerung eine bestimmte Zahl entfällt: Newyork Staat 45 Wahlmänner, Pennsylvania 38, Illinois 29, Ohio 24 usw.

Die Machtbefugnisse des Präsidenten sind sehr erheblich, wenn auch der Senat seine Kontrollbehörde ist und die Maßnahmen verwerfen kann. Der Präsident ist Oberbefehlshaber der Armee und der Flotte. Er ernennt die Minister und kann sie entlassen. Das amerikanische Ministerium oder Kabinett geht also — im Gegensatz zum westeuropäischen — nicht aus dem Parlament hervor, sondern wird, wie im Deutschen Reich, vom Oberhaupt der Nation ernannt. Sine qua non ist das Parteiystem in den Vereinigten Staaten nach englischem Muster gestaltet. Es gibt dort hauptsächlich zwei große Parteien: die Republikaner und die Demokraten, die das politische Leben beherrschen. Im letzten Bundesparlament zählte das Abgeordnetenhaus 233 demokratische Mitglieder, 193 republikanische Mitglieder, 8 Wilde (Unabhängige) und 1 Sozialist. Im Senat saßen 56 Demokraten, 39 Republikaner und 1 Wilder. Die Regierung mit dem im Jahre 1912 gewählten Präsidenten Wilson an der Spitze gehörte der demokratischen Partei an, und das Bundesparlament hatte in beiden Kammern eine feste demokratische Mehrheit.

Die Unterschiede zwischen den beiden großen Parteien haben sich im Laufe der Zeiten erheblich verflüchtigt. Die Republikaner sind konservativer, das heißt: mehr individualistisch und weniger sozialpolitisch gesinnt als die Demokraten. Jene verlangen auch höhere Schutzzölle, eine stärkere Zentralregierung und eine rücksichtslosere Vertretung der amerikanischen Interessen, als die Demokraten es für wünschenswert erachten. Im allgemeinen darf man sagen, daß die Republikaner jetzt die Partei des Großkapitals und der Ausdehnungspolitik sind, während die Demokraten die Interessen des Mittelstandes und der Arbeiterklasse zu vertreten vorgeben.

Die beiden Präsidentschaftskandidaten Wilson (lies Wilson) und Hughes (lies: Huhhs) sind treffliche Verkörperungen ihrer Parteien.

Wilson, der demokratische Kandidat, ist wesentlich ein englischer Liberaler aus den Jahren von 1860 bis 1880; er lebt geistig in den Ueberlieferungen der mittel-victorianischen Ära; seine Lieblingschriftsteller sind Macaulay, Bagehot, Tennyson, Dickens und Thackeray. Er ist humanitär, friedliebend und arbeiterfreundlich in der Studierstube und in Volksersammlungen, aber oft das Gegenteil unter dem Drucke des wirklichen Lebens. Im September 1914 hielt er amerikanische Anleihen an die kriegsführenden Mächte für eine Verletzung der Neutralität, aber unter dem Drucke der Finanzmächte von Wall Street (Newyorker Börse) ließ er die Anleihen an England und Frankreich ruhig gewähren. Seine theoretische Friedensliebe hinderte ihn nicht, zum Schutze des amerikanischen Kapitals Truppen nach Mexiko zu schicken und unter dem Drucke der Pro-Allierten-Agitation im April 1916 den Krieg gegen Deutschland vorzubereiten. Seine anti-imperialistischen Reden hielten ihn nicht ab, San Domingo zu annektieren, oder die dänische Regierung unter Kriegsandrohung zu zwingen, die westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten zu verkaufen. Sein Antimilitarismus stand seiner Förderung der „Preparedness“ (Kriegsrüstungen) nicht im Wege. Und sein Kriegsbudget für das kom-

mende Jahr ist das größte, das je von einer Großmacht in Friedenszeiten aufgestellt wurde; es beträgt 662,5 Millionen Dollar (2½ Milliarden Mark) für Armee und Flotte oder erheblich mehr als das englische und das japanische Kriegsbudget vom Jahre 1914 zusammengenommen. Ein Zwei-Mächte-Standard und Ueberfluß! Aber ebenso gab Wilson dem Drucke der Eisenbahngestellten nach, als diese unter Drohung eines allgemeinen Streiks im Sommer 1916 den Achtstundentag verlangten. Er zwang den Kongreß, das Achtstundengezetz binnen wenigen Tagen anzunehmen. Er ließ sich auch herbei, bei der Einweihung des Gewerkschaftshauses in Washington am 4. Juli 1916 die Eröffnungsrede zu halten. Woodron Wilson und Liond George sind sich sehr ähnlich.

Hingegen ist Hughes aus anderem Holze geschnitten. Ein dogmatischer Jurist, hält er den individualistischen, antisozialistischen Geist der amerikanischen Verfassung hoch. Als Richter des Obersten Bundesgerichts schloß er sich dem Urteile gegen die Hutmacherorganisation in Danbury an, die wegen Boykottierung einer Firma kollektiv haftbar gemacht und so finanziell ruiniert wurde. Das Urteil gegen die Danbury-Hutmacher ist ein amerikanischer Taff-Bale-Entscheid. Hughes' stärkstes Agitationsmittel gegen Wilson ist dessen Durchsetzung der Achtstundenvorlage für die Eisenbahner. Über Hughes ist kein Demagoge. Im übrigen dürfte er in der auswärtigen Politik kaum anders handeln als Wilson. Jedoch ist jetzt die Front der amerikanischen Politik eher gegen den Osten gewendet. Der amerikanisch-japanische Gegenatz beginnt akut zu werden.

Welcher von den beiden Kandidaten die besseren Aussichten auf Erfolg hat, läßt sich von hier aus kaum beurteilen. Auch die besten Kenner der amerikanischen Wahlpolitik, schreibt „Wanfarer“ in der Londoner „Nation“ vom 31. Oktober, „sind sehr zurückhaltend im Prophezeien. . . Dem ausländischen Beobachter erscheint Mr. Wilson als der Mann, den Amerika wünscht.“ Sicher scheint nur zu sein, daß ein sehr starker Teil der amerikanischen Arbeiter für Wilson stimmen wird. In der amerikanischen Gewerkschaftspresse wurde für ihn Stimmung gemacht. Für die Deutsch-Amerikaner ist die Lage außerordentlich schwierig. Einer von ihnen machte die wichtige Bemerkung: „Der ganze Unterschied zwischen Hughes und Wilson könnte binnen wenigen Minuten von einem Barbier beseitigt werden.“ (Hughes trägt nämlich einen Bart, während Wilson glattrasiert ist.) Andererseits dürften sich viele bürgerlich-pazifistische Elemente von Wilson

abwenden, was dem sozialistischen Kandidaten zugute kommen wird.

Die amerikanischen Sozialisten haben ebenfalls Präsidentschaftskandidaten aufgestellt. Wie bekannt, haben wir in den Vereinigten Staaten zwei Richtungen, die getrennt vorgehen: die Sozialistische Partei und die Sozialistische Arbeiterpartei. Jene ist jünger, aber stärker und entspricht der deutschen Sozialdemokratie. Die andere ist älter, aber schwächer; sie tritt für den rücksichtslosen revolutionären Klassenkampf ein und bekämpft die amerikanischen Gewerkschaften; sie ist in diesem Punkte eher syndikalistisch. Folgende Ziffern zeigen die Stimmengahlen, die auf die Kandidaten der beiden sozialistischen Parteien bei den drei letzten Präsidentschaftswahlen entfallen sind:

Jahr	Sozial. Partei	Sozial. Arb.-Partei
1904	408 230	33 546
1908	424 488	14 021
1912	900 868	28 750

Die Kandidaten der Sozialistischen Partei für Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft sind Allan Benson und G. Kirkpatrick. Ersterer ist Redakteur von „Bearsons Magazine“ und ein populärer Schriftsteller. Kirkpatrick war Professor der Volkswirtschaft und ist besonders als Friedensfreund bekannt.

Die Kandidaten der Sozialistischen Arbeiterpartei sind Arthur Keimer und Caleb Harrison. Ersterer ist ein guter Redner und starker Marxist, der alle anderen sozialistischen Richtungen als schädlich bekämpft.

Gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen finden Kongreßwahlen statt. Wie bereits erwähnt, war der Sozialismus im letzten Kongresse nur durch einen einzigen Sozialisten, den russisch-jüdischen Rechtsanwalt Meyer London vertreten; er war vom 12. Wahlkreis in Newyork gewählt worden. Jetzt kandidieren: Meyer London, Morris Silliquit (20. Wahlkreis, Newyork), Viktor Berger und Gaylord in Milwaukee, Eugen D. Debs in Terre Haute, Indiana.

Wer ist gewählt? Wilson oder Hughes?

Während die getriggen Nachrichten über die Wahl Hughes so positiv lauten, daß sie von Wilson selbst anerkannt wurden, lassen die letzten Wahlnachrichten aus dem fernem Westen und anderen Staaten die Lage ziemlich unklar erscheinen. Beide Parteien nehmen den Sieg für sich in Anspruch.

Von den Kriegsschauplätzen.

Aus dem gestrigen Tagesbericht ist hervorzuheben, daß die Franzosen südlich der Somme zu einem Angriff vorgehen, der ihnen einen teilweisen Erfolg brachte, indem die im Südtell von Ablaincourt vorgeschobenen deutschen Abteilungen zurückgedrängt wurden und das Dorf Pressoire aufgegeben werden mußte. Auf dem Nordflügel dieses Kampfabchnittes scheiterte der Angriff. — An der siebenbürgischen Nordgrenze errang der Gegner weitere kleine Vorteile; anscheinend haben hier die Russen gewaltige Truppenmassen eingeseht, um Rumänien von dem auf ihm lastenden Druck zu befreien.

Die gewaltigen Kämpfe, die am Sonntag an der Somme tobten, galten nach französischer Auffassung nicht einem Durchbruchversuch, sondern einem viel bedeutsameren Ziel, nämlich der Wegnahme aller scharf bedrohten gegenseitigen Stützpunkte, deren Eroberung unerlässlich zur Einleitung größerer Operationen sei. So will das Pressebureau des französischen Kriegsministeriums die Absichten der französischen Heeresleitung verstanden wissen. Uns scheint aber doch, als ob man hier gegenseitig nachträglich sehr beiseiden geworden ist. Das ist ja auch eine sehr einfache Methode, um enttäuschte Hoffnungen zu verdecken. Es fragt sich nur, ob man dieser nachträglichen Erklärung selbst in Frankreich Glauben schenken wird.

Die Unabhängigkeitserklärung Polens hat für die französische Presse, wie auch die „Agence Havas“ in ihrem Eindrucksbericht zugibt, die ernste Seite, daß den Zentralmächten durch den Anschluß Polens neue militärische und wirtschaftliche Kräfte zugeführt werden. Die „Humanité“ nennt den Entschluß der beiden Kaiser einen Verzweiflungstreich, der beweise, daß die deutschen Kräfte ihrer Erschöpfung entgegengehen und daß man in Berlin nicht mehr wisse, wo man die Soldaten hernehmen solle für die Fortsetzung des Krieges, den man selbst heraufbeschworen habe. — Die englische Presse urteilt zum großen Teil ähnlich, ebenso auch ein Teil der neutralen Presse, während andere neutrale Blätter die Unabhängigkeitserklärung Polens und das Vorgehen der deutschen und österreichischen Regierung begrüßen. Die russische Presse verurteilt, wie nicht anders zu erwarten, die Proklamation auf das entschiedenste. Die „Nowoje Wremja“ spricht von einem deutschen Kunstgriff. Ein solcher Staat ohne Polen und Schlesiens und ohne die polnischen Gebiete Italiens sei einfach eine neue preußische Provinz. Das polnische Volk zu zwingen, für den König vor Frankreich zu kämpfen und auf diese Weise Rußisch-Polen

außerhalb des Völkerrechts zu stellen, sei der wahre Zweck, der hinter dieser Proklamation zu suchen sei, und niemand werde sich dadurch täuschen lassen. Die „Nietzsch“ läßt sich in scharf verurteilenden Worten über die Proklamation aus, tadelt aber besonders Rußland, das durch die Sinauszögerung, eine Lösung der polnischen Frage zu finden, dem Feinde diesen Vorzprung gestattet habe.

Die Entente will gegen die Proklamation des Königsreichs Polen Protest erheben. Das „Echo de Paris“ kündigt den Protest an, den Rußland gemeinsam mit seinen Verbündeten erlassen werde.

Am 6. November haben in London die Verhandlungen zwischen der schwedischen und der großbritannischen Regierung wieder begonnen. Es handelt sich, so führt die „Deutsche Tageszeitung“ aus, um eine teils wirtschaftliche, teils maritime Frage, darum nämlich, ob, ganz allgemein gesprochen, Großbritannien dem schwedischen Reich freie Waren- und Frachtausfuhr über See mit den Vereinigten Staaten und anderen neutralen Ländern gestatten will oder nicht. Die britische Regierung hatte begonnen, dieses schwedische Recht zu verletzen, und in Aussicht gestellt, daß unter gewissen Umständen die gesamte überseeische Nahrungsmittelzufuhr nach Schweden durch die großbritannische Regierung verboten und durch die britische Flotte unterbunden werden würde. Diese „gewissen Umstände“ enthalten den Kern der britisch-schwedischen Meinungsverschiedenheiten und erheben die Bedeutung der Fragen weit über die eines gewöhnlichen Wirtschaftsstreites. Die großbritannische Regierung will durch einen derartigen Druck die Durchführung von Kriegsmaterial durch Schweden erzwingen. Das das vorläufige, aber angesichts der Kriegslage und der russischen Abgeschnittenheit von anderen Zufuhrwegen für den ganzen Winterverband ungemein bedeutende Ziel. Bezeichnend dafür ist, daß an den Londoner Verhandlungen auch offizielle Vertreter Frankreichs teilnehmen; diese werden so noch mehr rein politisch abgelempelt. Außerdem dürfte der Zweck der französischen Beteiligung mit in den alten französisch-schwedischen Beziehungen und der Beliebtheit zu suchen sein, deren sich die Franzosen auch heute noch in Schweden erfreuen.

Das Blatt fügt dem hinzu: Wirtschaftlich braucht Schweden die Drahtungen Englands nicht zu fürchten, denn nach der außerordentlich guten Ernte, nicht zum mindesten auch der Futterernte, steht Schweden sich vollkommen in der Lage, seine Selbstversorgung

durchzuführen. Die Nahrungsmittelverteilung ist von langer Hand vollkommen geregelt durch Kartensystem. In London ist man darüber natürlich genau unterrichtet, und auch deshalb ist anzunehmen, daß man das zu leichte Gewicht der wirtschaftlichen Drohung durch Drohungen anderer Art schwerer machen will, nämlich durch solche, die auf politischen und letzten Endes auf militärischem Gebiete liegen. Die Erzwingung der Durchführung von Kriegsmaterial durch Skandinavien nach Rußland bedeutet für England und seine Verbündeten eine so wichtige Frage, und zwar eine solche, die baldigster Erledigung bedarf, daß an der Anwendung aller Mittel, die in der Macht liegen und subjektiv Erfolg versprechen, nicht gezweifelt werden kann.

Schweden befindet sich also in einer Zwidmühle, der es sich hoffentlich entwinden kann.

Gegen die bekannte Boyer-Rede des Lord George haben die italienische und russische Regierung durch ihre Gesandten in London offiziell Widerspruch erhoben. Sie erklären, daß solche Reden den Regierungen Rußlands und Italiens höchst unangenehm und unerwünscht sind, insofern englische Minister oder Regierungsbeamten bei solchen Gelegenheiten auch die Meinungen der Verbündeten zum Ausdruck bringen. Dieser Protest ist durchaus berechtigt und notwendig. Hoffentlich dient er manchen Maulhelden zur dringlichen Lehre.

In Bern fand zu Beginn der vergangenen Woche eine Konferenz der Nationalrats-Kommission für die Friedenspetitionen statt, ohne zu einem endgültigen Beschluß zu gelangen. Erst die vor der Dezember-Session des Nationalrats geplante neue Kommissionsberatung soll einen entscheidenden Beschluß bringen. Auf der Konferenz regte ein Nationalrat die Einberufung einer Konferenz der neutralen Mächte durch Einladung und Vermittlung seitens der Schweiz an, die andern Kommissionsmitglieder stellen sich dagegen auf den mehr zurückhaltenden Standpunkt des Schweizer Bundesrats.

Die Kriegslage.

Wien, 8. November. (Mitteil.)

Östlicher Kriegsjahresbericht.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl. Südlich und südwestlich des Szardul-Passes wurden rumänische Angriffe abge schlagen. Bei Spini und südwestlich von Bredcal drängten wir den Feind weiter zurück. Beiderseits der Bodza-Strasse sind wir wieder im Besitz aller unserer früheren Stellungen.

Nordwestlich von Zwelgnes vermochten die Russen abermals etwas Raum zu gewinnen.

Bei Tatarow schoß ein österreichisch-ungarischer Flieger einen russischen Aëroport-Doppeldecker ab.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Nichts Neues.

Italienischer Kriegsjahresbericht.

Die Ruhe im Göttingen hält an. An der Heims-Tal-Front wurden Angriffe einzelner italienischer Bataillone im Colbricon-Gebiet und an der Bache-Stellung abgewiesen. Drei Offiziere, 30 Mann und zwei Maschinengewehre fielen hierbei in unsere Hände.

Südöstlicher Kriegsjahresbericht.

Keine besonderen Ereignisse.

Ereignisse zur See.

Am 7. ds. Mts. nachmittags haben feindliche Flieger auf die Drie Nozigue, Parezo und Citta Nuova Bomben abgeworfen. Es wurde nicht der geringste Schaden angerichtet und niemand verletzt. Eigene Flugzeuge liegen zur Verfolgung auf. Einem der Führer Sinterjohannsen Drakulo, schoß einen feindlichen Torpedobootzerger nieder. Diese wurden von unseren Flugzeugen mit Bomben angetroffen und entzündeten sich gegen die feindliche Küste. Am Abend des gleichen Tages warf ein feindlicher Flieger gleichfalls erfolglos Bomben auf Imago ab. Eigene Seejagde bewarfen ebenfalls die militärischen Objekte von Bergamo und Montalona sehr wirkungsvoll mit Bomben und letzten unbeschädigt zurück.

Gegen Frankreich und Belgien.

Feindliche Kriegsberichte.

Frankreicher Heeresbericht vom 7. November, nachmittags. Die Franzosen und Engländer machten vom 1. Juli bis 1. November an der Somme 71 522 deutsche Soldaten und 1449 Offiziere zu Gefangenen. Das in dem gleichen Abschnitt durch die Alliierten eroberte Kriegsgerät betrug am 1. Juli 173 Feldgeschütze, 130 schwere Geschütze, 25 Grabenmörser, 985 Maschinengewehre. Der Anteil der Franzosen an der Gesamtsumme betrug 40 796 Soldaten, 508 Offiziere, 77 Feldgeschütze, 101 schwere Geschütze, 104 Mörser, 335 Maschinengewehre.

Flugdienst: Deutsche Flugzeuge waren gegen 10 Uhr abends mehrere Bomben auf Nancy, die weder demogenoster zerstörten, noch Schaden anrichteten.

Orientarmee: Militäre Tätigkeiten der beiden Armeen auf der ganzen Front. Ostlich des Brava-See schlugen die Franzosen einen bulgarischen Gegenangriff ab. In der Gegend von German beschossen französische Flugzeuge mehrere Drakarien. Im Wardar-Tale wurde ein feindliches Flugzeug bei Monchit nach Luftballon abgeschossen.

Albanien: Nordlich der Somme machten wir einige Fortschritte zwischen Vesobozis und Salina-Salifis. Südlich der Somme brachte uns ein von unseren Truppen am Vormittag unternommenes und trotz des heftigen, die Operationen behindernden Regens lebhaft durchgeführter Angriff wichtige Vorteile. Wir nahmen die feindlichen Stellungen auf einer Front von vier Kilometern vom Gehölz von Charinas bis südlich der Jader-Schlucht von Abaintour. Die Dörfer Abaintour und Prepoite wurden von unserer Infanterie in glänzender Weise vollständig erobert. Wir trafen unsere Linien östlich von Abaintour vor und nahmen auch der Friedhof dieses Dorfes, der vom Feind hart besetzt war, haben unsere Stellungen südlich der Jader-Schlucht vor bis zum Rande von Garmaxour. Bis jetzt wurden über 300 Gefangene gemacht, darunter mehrere Offiziere. In der Dobruja-Front teilweise nachfolgende Nachrichten. Sonn nachstehender Tag übernahm rasig.

Östlicher Bericht vom 7. November: Rechts verbesserter wir unsere Stellungen östlich von Salina de Barlanoum. Wir unternehmen einen erfolgreichen Überfall auf die feindlichen Schützengraben zwischen Garmaxour und Serte und nahmen einige Gefangene und fügten dem Feind beträchtliche Verluste zu. Eine feindliche Patrouille wurde südlich von Wozan durch unser Feuer zerstört. Südlich von Wozan Regengüsse und harter Schneeeis.

Die belgischen Arbeitslosen.

Die Abwanderung der belgischen Arbeitslosen nach Deutschland nimmt, wie halbamtlich mitgeteilt wird, in aller Ruhe und Ordnung ihren Fortgang. Bei der Durchführung der Repatriierung sind außer dem Militär und den Militärärzten Beamte der Zivilverwaltung beteiligt. Die Arbeiter beschwerten sich durchaus vergeblich. Viele von ihnen lassen erkennen, daß nach der langen Zeit des Nichtsins und des Nichtsberührens die Aussicht auf lebende Arbeit ihnen im Grunde willkommen ist und daß sie leicht eine vorübergehende Repatriierung erwidern würden. Dagegen weist auf der Umstand zu weisen, daß

die Leute Pakete aus der Heimat mitnehmen dürfen, und auch die gute Verpflegung der Abgeschobenen auf dem Transport bleibt offenbar nicht ohne Einfluß auf die Stimmung.

Gegen Rußland.

Russischer Heeresbericht

vom 7. November. Westfront: Im Abschnitt von Golozkowitz-Duboch südwestlich von Brody unternahmen feindliche Abteilungen in der Stärke von fünfzig bis zweihundert Mann nachts Aufklärungsversuche. Wir behinderten durch unser Feuer Versuche des Gegners, in der Nähe des Dorfes Soifelniki Schützengraben einzunehmen. In der Gegend östlich von Kirlibaba griff eines unserer Bataillone den Feind an, der sich vor unseren Stellungen hielt. Der Feind wollte unseren Vorstoß aufhalten und ließ in ungeordneter Stellung zwei Geschütze auffahren, die jedoch durch unser Feuer bald kampfunfähig gemacht wurden. Unsere tapferen Soldaten setzten dem über den Haufen geworfenen Feinde nach und drangen in eine Reihe von Schützengraben ein. Sie machten über hundert Gefangene, darunter einen Offizier, und erbeuteten zwei Maschinengewehre und einen Bombenwerfer. Südlich von Dorna Matra und in den Tälern der Flüsse Borjet und Putnas setzten wir unsere Untersuchungen mit Erfolg fort. Wir erbeuteten hier in zwei Tagen sieben Maschinengewehre und jungen fünfzehn Offiziere und über achthundert Mann. — Kaukasus-Front: Unsere Truppen drängten die Türken zurück und besetzten das Dorf Agmor. Südwestlich von Kalkit und in Richtung Bidschar brachten wir die türkische Offensive zum Stehen. — Rumänische Front: Aus Siebenbürgen liegen keine neuen Meldungen vor. An der Donau-Front ist die Lage unverändert. Man kabela, daß die Bulgaren systematisch rumänische Dörfer einäschern.

Gegen England.

Im englischen Unterhaus

wurden nach einer Amsterdamer Meldung gestern wieder eine Reihe der Regierung unangenehmer Anfragen gestellt.

Duthwaite (Liberal) fragte, ob alle Alliierten gleichmäßig zur Gesamttruppenmacht beitragen. Lord George antwortete, es sei unerwünscht, darüber Aufschlüsse zu geben.

Duthwaite begnügte sich damit nicht, sondern stand nochmals auf. Es erschallen von allen Seiten Protestrufe. Man rief: Sigen bleiben, wir brauchen hier keine Deutschenfreunde.

Der Sir Craig (Unionist) fragte, ob es nicht möglich wäre, Fragen zu verhindern, die offenbar bezwecken, Schwierigkeiten zwischen den Alliierten hervorzuheben. Der Sprecher erklärte, er würde das gern zur Regel machen, wenn das Haus einen derartigen Antrag annehme. Er habe nichts dagegen, daß Mitglieder des Hauses ihre Meinungen zum Besten geben, könne aber nicht zulassen, daß die Verhandlungen gestört werden.

Hierauf fragte Duthwaite, ob das Kriegsamt Lord Northcliffe gewisse Informationen gegeben habe.

Sir Edward Carson lenkte im Anschluß hieran die Aufmerksamkeit auf die vertraulichen Unterredungen von Ministern mit Journalisten. Die Angelegenheit war zuerst zur Sprache gebracht worden, als erjucht wurde, eine Gelegenheit zur Besprechung der Tätigkeit Balfours in der Admiralität zu geben. Der Premierminister antwortete darauf, daß er eine derartige Debatte nicht als im Interesse des Landes gelegen betrachte, wenn auch Balfour selbst keine Beschwörungen dagegen habe.

Edward Carson fragte, was Balfours Absicht war, als er im Laufe des Nachmittags die Mitglieder der Presse zu sich berief. Asquith sagte über diese Frage überrascht zu sein, antwortete aber nach kurzer Beratung mit einigen Mitgliedern des Kabinetts, daß dieses in Übereinstimmung mit den bestehenden Gewohnheiten gehehe.

Darziel verlangte, daß das Unterhaus über die Informationen, die Balfour einer großen Zahl von Schriftleitern gab, unterrichtet werden sollte.

Asquith weigerte sich, diese Frage sofort zu beantworten und sagte, daß Fragen über geheime Angelegenheiten nur in einer geheimen Sitzung beantwortet werden können.

Die Minister leisteten über den Unwillen, den diese Erklärung im Hause verurteilte, überrascht zu sein.

Später brachte Lambert zur Sprache, was Lord Robert Cecil letzte Woche sagte, nämlich, daß die Regierung die Verantwortung für die auswärtige Politik nicht mit dem Unterhause teilen könne.

Cecil sagte darauf, daß das ausländische System von Kommissionen, — das die Verantwortung der Minister nur abschwäche, ohne eine wirkliche Kontrolle über die Politik zu geben, — verfehlt sei. Er sei aber geneigt, ein System in Erwägung zu ziehen, das die Minister in den Stand setzen würde, früher, als es in einer öffentlichen Sitzung möglich wäre, die Gründe für ihre Politik darzulegen.

Carson sagte sich dafür ein, daß die Verantwortung auf der Regierung beruhen solle, aber er sagt, er begreife, daß man sich dagegen wende, daß die Presse Informationen erhalte, die dem Hause vorenthalten würden.

Die Lebensmittelsteuer in Irland.

„Neuere Rotterdamische Courant“ meldet aus London: Die irische nationale Partei versammelte sich im Unterhause unter dem Vorsitz Redmonds und nahm eine Entschließung an, in der erklärt wird, daß die Kartoffelmiserie und die riesige Steigerung der Preise für Kartoffeln und andere Lebensmittel eine ernste, dringende Krise mit sich gebracht habe und sofortige Maßnahmen erfordere, u. a. ein Kartoffelverbot für Irland.

Der Balkankrieg.

Rumänischer Heeresbericht

vom 7. November: Nord- und Nordwestfront: An der Westgrenze der Moldau ist die Lage unverändert. Im Buger-Tale griffen wir an und gaben ein wenig vor. Wir machten 88 Gefangene und erbeuteten eine Maschinengewehr. Bei Tschabuzi heftige Beschützung. In der Gegend von Urugoskale wiesen wir einen Nachangriff des Feindes zurück. Auf dem linken Ufer des Dista ist ein heftiger Kampf im Gange. Im Jin-Tale keine, für uns erfolgreiche Kampfhandlungen. Bei Orjona ist die Lage unverändert. — Südfront: Der Feind beschloß Orjona. — Dobruja: Wir machten auf der ganzen Front Fortschritte.

Die Dobruja als Kornkammer.

In einer Unterredung äußerte sich der bulgarische Ackerbau-Minister über das ergebnisreiche Kartoffeljahr. Der Minister hob hervor, daß es schon jetzt gelungen sei, die Winterzeit in vollem Umfange zu heben. Besonders günstige Ergebnisse seien in Nordbulgarien erzielt worden. Aber auch ein ist hinzugekommen: Die Erzeugung der Dobruja hat aus einer der größten Kornkammer Europas in die Hände gebracht. Die ungeheuren Kartoffelmengen dieses Landes sind den Ländern des Biechbundes zugeführt worden. Die ganze diesjährige Ernte in der Dobruja wird nun von uns eingebracht.

Griechische Anfrage an Deutschland.

Der „Times“ wird aus Athen gemeldet: Die griechische Regierung ersucht Deutschland um Aufklärung über die Bedingungen, die die griechischen Dampfer einhalten müssen, um vor U-Boots-Angriffen verschont zu bleiben.

Ein griechisch-deutscher Geheimvertrag?

„Daily Telegraph“ stellt Enthüllungen über einen angeblichen griechisch-deutschen Geheimvertrag in Aussicht.

Das griechische Arsenal besetzt.

Reuter meldet aus Athen: Eine Truppenabteilung der Alliierten besetzte das Arsenal und die kleine Insel, wo die Munitionslager der Flotten sich befinden.

Gegen die Venizelisten.

Wie der „Ruskoje Slowo“ meldet, veröffentlicht der griechische Regierungsanzeiger einen Befehl des Kriegsministers über den Ausschluß aller Offiziere, die an der Venizelos-Bewegung teilnahmen.

Der Seekrieg.

Eine englische Darstellung.

Die englische Admiralität gibt folgendes bekannt: Die deutsche Presse sucht Kapital aus der Erzählung zu schlagen, die sie als einen zweiten „Baralong“-Fall bezeichnet. Einestheils ist dabei vermutlich beabsichtigt, wieder einmal die öffentliche Meinung Amerikas gegen England aufzureizen, andernteils Gründe für den „uneingeschränkten“ U-Boot-Krieg zu schaffen. Die Tatsachen sind klar. Im Morgen des 24. September 1915 war im westlichen Teil des Kanals „U 41“ damit beschäftigt, ein englisches Handelschiff zu versenken. Während es dies tat, näherte sich ein zum Hilfschiff der Flotte umgewandelter und ausgerüsteter Handelsdampfer dem Unterseeboot und dem sinkenden Handelschiff. Sein Charakter wurde nicht sogleich erkannt und damit das Unterseeboot nicht untertauchte, bevor der Hilfskreuzer in Schußweite war, hülte dieser die neutrale Flagge: vollkommen eine legitime Kriegsliste. Als er in Schußweite kam, hülte er die Kriegsflagge, wie es von allen englischen Kriegsschiffen verlangt wird. Er feuerte auf das Unterseeboot und versenkte es. Die unmittelbare Sorge des Kommandanten war, die Mannschaft des durch das Unterseeboot versenkten englischen Handelsdampfers zu retten, die gezwungen war, 50 Meilen von dem nächsten Hafen entfernt in die Boote zu gehen. Als dies getan war, näherte sich das Hilfschiff einem der Boote des gesunkenen Dampfers, das zertrümmert trieb und in das zwei Ueberlebende von der Mannschaft des Unterseebootes gefloht waren. Diese wurden gerettet, aber nach ihren Opfern. Der Gebrauch der neutralen Flagge, um sich auf Schußweite dem Feinde zu nähern, ist ein anerkanntes Verfahren des Seekrieges und ist von den Deutschen selbst in diesem Krieg oft angewendet worden. Die „Möwe“ zum Beispiel sicherte sich ihre Opfer meist auf diese Weise. Es ist schwer zu glauben, daß irgend jemand außer einem Deutschen auf diese Tatsache eine Anklage der „Brutalität“ gründen würde, weil zuerst englische und nicht deutsche Ueberlebende innerhalb fünf Minuten gerettet wurden. Die ganze Anschuldigung bietet ein sehr treffendes Beispiel für die typische deutsche Sinnesart. Für die Deutschen besteht keine gegenwärtige Verpflichtung. Jede Ueberreichung oder Kriegsliste seitens der Deutschen ist legitim, alles was aber illegitim, wenn es gegen die Deutschen geübt wird. Die Behauptung, daß die Admiralität den Befehl gab, daß Ueberlebende von in Not befindlichen deutschen Unterseebooten nicht gerettet werden sollen, ist eine unbedingte Lüge und wurde ausdrücklich widerlegt in der Note der englischen Regierung über den „Baralong“-Fall vom 25. Februar 1916.

Hierzu wird dem Wolff-Bureau von zuständiger Stelle geschrieben: Die englische Admiralität bestreitet von allen deutscherseits mitgeteilten Tatsachen nur eine einzige. Sie behauptet, daß das englische Kriegsschiff das deutsche U-Boot nicht bei wehender amerikanischer Flagge, sondern unter englischer Flagge beschloß und versenkte. Abgesehen hiervon bestätigt also die englische Admiralität den deutschen Bericht Punkt für Punkt durch bereites Schweigen. Damit ist unbefristet festgestellt: Das Boot mit den beiden Ueberlebenden wurde abhichtlich von dem englischen Kriegsschiff überfahren, um so die letzten Zeugen hinzumorden. Die beiden Ueberlebenden wurden, als dies nicht gelang, erbarmungslos und ohne Hilfeleistung für den Schwerverwundeten in einen kleinen käfigartigen Verschlag eingesperrt. Den Schwerverletzten warf man mit noch offenen Wunden ins Gefängnis. Alles tat man, um ihn an seinen Wunden sterben zu lassen. Seine Auslieferung nach der Schweiz verweigerte man trotz der Verantwortung durch die Schweizer Regierungskommission. Man vereitelte alle Versuche des Mißhandelten, über die amerikanische Botschaft in London an die deutsche Regierung zu berichten. Angesichts dieser nahezu vollen Bestätigung des deutschen Berichtes kann die englische Admiralität nicht verlangen, daß man dem deutschen Bericht in dem einen Punkt, den die Admiralität als falsch hinzustellen versucht hat, den Glauben verweigert. Es war selbstverständlich, zu erwarten, daß der Mißbrauch der amerikanischen Flagge — eine der grauenvollsten Taten der Seekriegsgeschichte — von der englischen Admiralität nicht zugegeben werden würde. Trotzdem bleibt der deutsche Bericht auch in diesem Punkte wahr. Dieser neue „Baralong“-Fall bestätigt erneut, daß ein Befehl der Admiralität besteht, nach dem Ueberlebende deutscher U-Boote nicht gerettet zu werden brauchen. Die englische Note vom 25. Februar 1916 hat dies nicht widerlegt, sondern nur bestritten.

Das englische U-Boot will zwei deutsche Kriegsschiffe torpediert haben.

Die englische Admiralität teilt zum gestrigen Bericht mit, daß nach einer weiteren Meldung des Kommandanten des U-Bootes ein Schiff der Kaiserflotte getroffen habe.

34 Schiffe zur Verfolgung der „Deutschland“.

Die „Zeit“ berichtet aus Basel: Laut „Daily Chronicle“ sind zur Verfolgung der „Deutschland“ auf ihrer Heimreise 34 Kriegsschiffe der Alliierten aufgeboden.

Verletzung der normergischen Neutralität.

Ein russischer Torpedojäger beschloß am 2. November ein deutsches Unterseeboot, als der Torpedojäger 2½ bis 3 und das Unterseeboot 3 bis 4 Seemeilen von Homoen bei Bardö entfernt war. Die Regierung beauftragte den Gesandten in Petersburg, gegen die neue Verletzung der Neutralität zu protestieren.

Opfer des Meeres.

Außer den bereits gemeldeten sind in den letzten Tagen noch folgende feindliche Handelschiffe versenkt worden: Die englischen Dampfer „Rappahannock“, 3871, „North Wales“, 4072, „A. B.“

„Deddon“, 1640, und „Barrumble“, 3823; die französischen Segler „Sama“, 165, und „Seltz Louis“, 275, und der italienische Dampfer „Dimitri“, 4400 Brutto-Register-Tonnen.

Der französische Dampfer „Magador“, 1381 Tonnen, ist nach einer Meldung aus Algier versenkt worden. Die Besatzung von 26 Mann wurde gerettet.

Aus Paris meldet die „Agence Havas“: Wie verlautet, ist das Paketboot „Arabi“, 7933 Tonnen, von der Peninsular and Oriental Co. mit 460 Passagieren an Bord von einem deutschen U-Boot versenkt worden. Die Passagiere sollen gerettet sein.

Die Kämpfe im Orient.

Türkische Erfolge am Tigris.

Das türkische Hauptquartier teilt mit: An der Tigris-Front belästigen wir den Feind durch wirksames Artilleriefeuer. Südlich der Stellung von Fellahie auf dem rechten Ufer des Flusses zerstreuten unsere freiwilligen Krieger eine feindliche Schwadron, schlugen zwei Infanterie-Bataillone, die der Feind zur Verstärkung schickte, und zwangen sie zum Rückzug. Im Verlauf dieser Kämpfe, die für uns mit vollem Erfolg endeten, erlitt der Feind große Verluste, während unsere Verluste ganz unbedeutend sind. An der Kaukasus-Front auf dem rechten Flügel Scharmilgel, die zu unseren Gunsten ausfielen. Im Zentrum zerstreuten wir den Feind durch unser wirksames Artilleriefeuer. Auf dem linken Flügel wiesen wir mit Erfolg feindliche Erkundungsangriffe zurück. Am 4. und 5. November unternahmen wir einen überraschenden Angriff gegen die Insel Recowa (westlich Antalia), die seit langem den Banditen als Zufluchtsort dient, die unter dem Schutze der feindlichen Flotte unsere Küste überfallen und plündern. Unsere Unternehmung war erfolgreich: eine große Zahl Gewehre und eine Menge Mehl sowie Vieh wurde erbeutet. Die Banditen hatten hundert Tote. Wir machten einige Gefangene, die gehängt werden sollen. Ein feindliches Flugzeug, das am 6. November, 2 Uhr nachmittags, von Metelin kommend über Yeniosota in Gegend von Smyrna flog, wurde durch eines unserer Flugzeuge abgeschossen, es fiel ins Meer; Beobachter und Pilot konnten nicht gerettet werden. Kein Ereignis von Bedeutung auf den anderen Fronten.

Allelei Kriegsnachrichten.

Die Antwortnote Norwegens.

Die norwegische Antwortnote wurde gestern dem deutschen Gesandten überreicht. — Der „Temps“ will wissen, Norwegens Antwort auf die deutsche Note habe an der Verordnung fest, die den Unterseebooten kriegführender Mächte das Einlaufen in norwegische Gewässer verbietet, habe jedoch ausdrücklich hervor, daß diese Maßnahme nicht allein gegen Deutschland, sondern gegen alle Kriegführenden gerichtet sei.

Eine geheime Funkstation?

Die holländische Regierung hat in dem Internierungslager von Groningen, in dem die in ihrer Hand befindlichen Engländer liegen, eine geheime Funkstation entdeckt. Sie ist eingerichtet und bedient worden von denjenigen Engländern, denen die holländische Regierung gestattet hatte, in verschiedenen holländischen Städten Varietevorstellungen abzuhalten, um Geld für das englische Rote Kreuz zu sammeln. Die holländische Regierung erkennt jetzt, wie-ähr dieses Entgegenkommen gelohnt wird. Es besteht längst der Verdacht oder sogar die Gewißheit, daß die englischen Internierten der englischen Kriegführung Spionagedienste leisteten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Reichstagsersatzwahl in Köln.

Der Termin der Reichstagsersatzwahl in der Stadt Köln für den verstorbenen Genossen Reichstagsabgeordneten Hofrichter ist auf den 5. Januar festgesetzt worden. In Köln wurden bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 abgegeben 18 666 sozialdemokratische, 17 343 Zentrum- und 7154 nationalliberale Stimmen. In der Stichwahl siegte Hofrichter mit 26 635 gegen 22 414 Zentrumstimmen. Es verlautet, daß das Zentrum, nachdem der allgemeine Burgfrieden bei der bevorstehenden Reichstagsersatzwahl in Oshag-Grinna einmal gebrochen ist, in Köln eine eigene Kandidatur aufstellen will.

Die Reichspartei und die Polenfrage.

Der Reichspartei und ihrer Polenpolitik ist die Proklamierung eines Königreiches Polen nicht erwünscht gekommen. Die Leitung der Reichspartei teilt, „um einer anscheinend beabsichtigten Verbreitung falscher Nachrichten entgegenzutreten“, folgendes mit:

Sobald von dem Plane der Schaffung eines mit weitgehender Autonomie ausgestatteten Königreiches Polen sichere Kenntnis angelangt war, hat die Reichspartei im Einverständnis mit der Parteileitung und den in Berlin anwesenden Mitgliedern der freikonservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses wiederholt schriftlich und mündlich ihre schweren Bedenken gegen diesen Plan bei der Reichsleitung und den zuständigen preussischen Ministern nachdrücklich geltend gemacht und ausführlich begründet. Nach Erlass der Zwei-Kaiser-Proklamation erachtet die Reichs- und freikonservative Partei es nunmehr für ihre vaterländische Pflicht, nach Kräften darauf hinzuwirken, daß Schaden und Nachteile nicht verhärtet werden. Dies gilt insbesondere von der preussischen Westmark. Das Deutschtum, die deutsche Kultur und die deutschen Interessen in den zweisprachigen Landesteilen dürfen unter der Befriedigung polnischer nationaler Wünsche keineswegs leiden, ihnen gebührt vielmehr eine um so kräftigere Fürsorge.

Wenn die Alldutschen und Konservativen glauben, auch nach dem Kriege ihre Ostmarkenpolitik rückwärtslos fortsetzen zu können, so dürften sie sich arg verrechnet haben.

Geldbeschaffung für Kriegerheimstätten.

Mit einem Eifer, der an anderer Stelle zurzeit sicher mehr Anerkennung verdienen würde, widmen sich manche Leute der Erörterung der Frage, wie das Geld für eine umfassende Gründung von sogenannten „Kriegerheimstätten“ zu beschaffen sei. Dabei hat man bisher trotz vieler Versuche und obgleich es an einzelnen Stellen an den materiellen Voraussetzungen für die Sache gerade nicht fehlte, wenig oder nichts erreicht; die Versuche sind in den allerersten Anfängen stehen geblieben. In einer Zusammenstellung des „Westfäl. Wohnungsblattes“ wird darauf hingewiesen, daß bisher drei ernste Vorschläge zur Geldbeschaffung gemacht seien:

1. Für die Bewahrung gewährt das Reich die Beleihung bis zu 90 v. H. der wahren Baukosten. Während des Krieges und zwei Jahre danach tritt eine Beleihung durch die Darlehnskassen ein, die bis zu 500 Millionen Mark Darlehnskassenscheine dafür ausgeben dürfen. Die Beleihung ist mit 4 % zu verzinsen. Später sollen die Anlagen der Sparkassen und Versicherungsträger herangezogen werden.

2. Schaffung von 200 000 Kriegerheimstätten durch Ausgabe von 680 Millionen Mark in Rentenbanknoten. Jede Renten-

Der amtliche Kriegsbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 9. Novbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegshaupplaz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Angriffsversuche der Engländer und Franzosen zwischen Sars und Bouhavesnes, sowie südlich der Somme bei Prejoire erstickten fast durchweg im Sperrfeuer.

Ostlicher Kriegshaupplaz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Auf der Front beiderseits der Bahn Plotsow—Tarnopol lebte der Feuerkampf wesentlich auf.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

In nördlichen Gorygul-Gebirge wurden russische Angriffe abgeßlagen. Bei Bolbor und im Loignes-Abchnitt warfen frische deutsche Angriffe die vorgegangenen feindlichen Truppen zurück.

Südöstlich des roten-Turm-Passes wurde in Fortsetzung unseres Angriffes der Baiekti-Abchnitt überschritten und Sardoju mit den beiderseits anschließenden Höhenstellungen genommen und dabei etwa 150 Gefangene und 2 Geschütze erbeutet.

Rumänische Angriffe hatten hier ebensowenig Erfolg, wie im Predeal-Abchnitt und im Vulkan-Gebirge.

Balkan-Kriegshaupplaz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madensen.

In der nördlichen Dobrudscha wichen vorgeschobene Aufklärungsabteilungen befehlsgemäß dem Kampf mit feindlicher Infanterie aus.

Mazedonische Front.

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.
Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

gut wird mit 50 % Rentenbanknoten belastet, 50 % zusätzlich des Kursverlustes der Rentenbriefe gibt der Staat gegen Tilgung in 56 Jahren in Rentenbanknoten für Kriegerheimstätten; 600 Mark hat der Stellennehmer in Metallgeld an den Staat zu zahlen.

3) Die Darlehnskassen sollen nach dem Kriege bestehen bleiben und Rentenbriefe zum Partkurs annehmen. Dafür sollen sie der Rentenbank Darlehnskassenscheine geben unter Berechnung von 4 % Zinsen. Sie behalten die Rentenbriefe bis zur Tilgung, die in der üblichen Weise erfolgt.

Man ist sich aber in allen den Kreisen, denen diese Vorschläge entstammen — es sind Leute, die der Bodenreformbewegung angehören oder ihr nahestehen — darüber klar, daß die Ausführung der Sache nicht so einfach sein würde, wie sich die Theorie auf dem Papier und mit dem Papiergeld, das ja vorgelesen wird, ausmacht. Es ist auch bereits festgestellt worden, daß in einzelnen Gegenden des Reiches schwerlich fruchtbarer Boden zu haben sein würde, da die Besitzer ihn festhalten und die Nachfrage nach Landgütern fortwährend steigt.

Uns scheint, die tatsächlichen Verhältnisse und dringendsten Bedürfnisse der gegenwärtigen Zeit werden von den Leuten, die mit diesen Vorschlägen zu wirken suchen, denn doch sehr verkannt. Zurzeit ist es eine ernste und hohe Aufgabe, alles kulturfähige Land der Kultur zu erschließen, aber es muß das in der Weise geschehen, daß bei geringstem Kräfteaufwand der denkbar größte Nutzen entspringt. Es wäre aber nur Verzettlung der Kräfte, wollte man jetzt, wo sich die Bedürfnisse der Friedenszeit noch nicht überwiegen lassen, Probleme verwirklichen, die die inneren Schwierigkeiten nur vermehren können. Wenn alles kulturfähige Land zunächst den Gemeinden zur Bewirtschaftung überwiesen würde, so ließe sich schon in aller nächster Zeit etwas Gutes erreichen, und damit würde auch die beste Versorgung der Kriegsinvaliden und Krieger in einer Weise vorbereitet, die anders kaum zu übertreffen wäre.

Oesterreich-Ungarn.

Wilderung der Zensur in Oesterreich. Aus Wien wird der „Kreuzzeitung“ gemeldet: Wie verlautet, steht für die allernächste Zeit eine Verfügung bevor, in welcher die Zensurbestimmungen für die Presse insofern wesentlich gemildert werden sollen, als die Erörterung innerpolitischer Fragen und die sachliche Kritik aller und namentlich das Ernährungsweisen betreffender Themen gestattet werden soll. Die Behörden werden demnächst entsprechende Anweisungen erhalten.

Aus Südbek und Nachbargebieten.

Donnerstag, 9. November.

Kurze Freude.

Mein Jüngster sitzt am Tisch und rührt
Im Kohl mit sichtlichem Bedenken . . .
Da plötzlich, wie elektrifiziert:
„Hurra!“ Und frohes Gabelschwanken.

Ein Stückchen Fleisch hat er entdeckt —
Laut triumphierend zeigt er's allen.
Doch — eh' er dieses Kleinod schmeckt,
Ist's wieder in den Kohl gefallen. —

Vergeßlich rührt der kleine Wicht —
Kaum kann die Tränen er verwinden . . .
Indessen reißt mein Kriegsgedicht:
Er kann das Fleisch nicht wiederfinden.
Dolff Raetz.

Die Rechtsfähigkeit der Frauen im Arbeitsverhältnis. Den Frauen ist hinlänglich bekannt, daß sie durch eine Reihe von Gesetzen in verschiedenen Fragen „minderen Rechts“ erklärt werden. Sie besitzen keine vollkommene Selbständigkeit oder, wie die Gesetze sagen, „Rechtsfähigkeit“. Im allgemeinen bedarf die minderjährige wie auch die verheiratete Frau zu mancherlei Rechtsgeschäften die Zustimmung oder Genehmigung ihres „gesetzlichen Vertreters“, also des Vormundes oder Ehemannes usw. Diese Beschränkungen der Frau in ihrer Geschäftsfähigkeit führen im wirtschaftlichen Leben zu vielerlei Schwierigkeiten und Hemmnissen. Sie würden geradezu undurchführbar sein, wenn sie sich in vollem Umfange auch auf die mit dem Arbeits- und Dienstverhältnis

zusammenhängenden Angelegenheiten bezögen. Die Gesetze haben daher manche Vergünstigungen für die Frauen und somit Erleichterungen für das tägliche Leben eingeführt.

Was zunächst die minderjährigen Personen anbetrifft, so jagt § 113 des Bürgerlichen Gesetzbuches, daß eine noch nicht 21 Jahre alte Person inbeschränkt geschäftsfähig für solche Rechtsgeschäfte ist, welche die Eingehung oder Aufhebung eines Arbeits- oder Dienstverhältnisses oder die Erfüllung der sich hieraus ergebenden Verpflichtungen betreffen. Voraussetzung ist, daß der gesetzliche Vertreter (Vater, Mutter oder Vormund) die Minderjährige ermächtigt, das heißt ihr erlaubt hat, in ein Arbeits- oder Dienstverhältnis zu treten. Diese Erlaubnis ist nur für einen Lehrvertrag nicht zulässig. Im übrigen ist sie schon in der (von den Polizeibehörden geforderten) Zustimmung des gesetzlichen Vertreters zu erblicken, daß die Minderjährige ein Arbeits- oder Dienstbuch ausgestellt erhält. Die Minderjährige kann daher auf Grund einer solchen Ermächtigung, also mit dem Arbeits- oder Dienstbuch in der Hand, sich selbständig eine Arbeitsstelle oder einen Dienst suchen, die Beschäftigung selbständig wieder aufkündigen, den Lohn in Empfang nehmen, sich darüber dem Arbeitgeber vergleichen usw., ohne daß zu allen diesen Rechtshandlungen die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters nötig ist. Diefem ist nicht einmal gestattet, etwas zu unternehmen, was der freien Entscheidung der Minderjährigen zuwiderläuft. Nur in einem Falle braucht eine Minderjährige zum Abschluß eines Anstellungsvertrages die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters: wenn nämlich der Dienstvertrag im voraus auf längere Zeit als auf ein Jahr abgeschlossen werden soll. Dann muß sogar, wenn es sich um Minderjährige handelt, die einen Vormund haben, die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts eingeholt werden. Verweigert ein Vormund seinem Mündel die Ermächtigung, in Arbeit oder sonstige Stellung zu treten, so kann auf Antrag des Mündels das Vormundschaftsgericht die Ermächtigung erteilen. Der gesetzliche Vertreter kann die in Frage stehende Ermächtigung eingeschränkt, also die Selbständigkeit der Minderjährigen nur auf bestimmte Angelegenheiten begrenzen oder auch die Ermächtigung gänzlich zurücknehmen.

Nach § 52 der Zivilprozessordnung wird nun, jemand, der sich durch Verträge irgendwie verpflichtet kann, auch insoweit „prozessfähig“. Die Minderjährige kann demnach selbständig Prozesse führen, welche die Eingehung oder die Auflösung dieses Verhältnisses oder sonst damit zusammenhängende Streitfragen (über Lohn usw.) betreffen. Es können also in allen hier erwähnten Angelegenheiten Klagen selbst von einem Kinde erhoben oder gegen ein solches anhängig gemacht werden. Die Minderjährigen können alle mit dem Prozeß zusammenhängenden Geschäfte selbst und allein erledigen. Natürlich ist es ihnen unbenommen, sich durch ihren gesetzlichen Vertreter oder eine andere, mit einer schriftlichen Vollmacht ausgerüstete Person vor dem Gericht vertreten zu lassen. Handelt es sich um das Amtsgericht und wird, um Kosten zu ersparen, das Armenrecht erwirkt, so muß dieses auf den Namen der Minderjährigen lauten, wie überhaupt die Klage immer unter deren Namen zu führen ist. Das ist alles außerordentlich wichtig, denn sehr häufig kommt es vor, daß gerade Minderjährige (man denke namentlich an Dienstmädchen) mit ihren Arbeitgebern in Streit geraten.

Bei einer verheirateten Arbeiterin liegen die Dinge nicht viel anders. Grundsätzlich braucht die Frau nicht die Genehmigung ihres Ehemannes, wenn sie in ein Arbeits- oder Dienstverhältnis eintritt. Der von der Frau abgeschlossene Arbeits- oder Dienstvertrag ist demnach auch ohne die Zustimmung des Mannes rechtsgültig. Eine eigenartige Bestimmung enthält aber § 1358 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Hat sich die Ehefrau einem Arbeitgeber gegenüber zu einer von ihr in Person zu bewirkenden Leistung verpflichtet, so kann der Mann das Rechtsverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, wenn er auf seinen Antrag von dem Vormundschaftsgericht (Amtsgericht) dazu ermächtigt worden ist. Solche Vorgänge werden natürlich zu den Ausnahmen gehören. Die Bestimmung ist aufgenommen worden, damit die Frau nicht Verpflichtungen eingetht, wozu die Rechte des Mannes auf ihre Person verlegt werden. Stellt der Ehemann einen solchen Antrag, so hat ihn das Gericht zu prüfen. Es muß ihm entsprechen, wenn sich ergibt, daß die Tätigkeit der Frau die ehelichen Interessen verlegt. Macht unter diesen Voraussetzungen der Mann von dem Kündigungsrecht Gebrauch, so geht die Frau des Anspruchs auf den Lohn für ihre bisherige Tätigkeit nicht verloren. Auch ein Schadenersatzanspruch wegen des Unterbleibens der künftigen Leistung kann von dem Arbeitgeber nicht geltend gemacht werden. Dies gilt selbst dann, wenn der Arbeitgeber nicht gewußt hat, daß die von ihm beschäftigte Frau verheiratet ist. Es war keine Sache, sich hiernach zu erkundigen. Das Kündigungsrecht des Mannes ist ausgeschlossen, wenn der Mann der Verpflichtung zugestimmt hat, es also von vornherein einverstanden war, daß die Frau das Arbeits- oder Dienstverhältnis eingetht. Verweigert der Mann eine solche Zustimmung, so kann die Frau das Vormundschaftsgericht (Amtsgericht) anrufen, das statt des Mannes die Zustimmung geben kann.

Der Ehemann kann nicht wider den Willen seiner Ehefrau diese vertreten. Schließt also der Mann ohne die Zustimmung der Frau für diese ein Arbeitsverhältnis ab, so hat die Frau nicht nötig, die Arbeit zu übernehmen oder die Stelle anzutreten. Ist die häusliche Gemeinschaft aufgehoben, leben also beide Ehegatten getrennt, so ist überhaupt die Frau in bezug auf Eingehung von Arbeits- und Dienstverhältnissen unbeschränkt. Der Mann besitzt in diesem Falle auch das vorstehend geschilderte Kündigungsrecht überhaupt nicht.

Streitigkeiten, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, kann auch die verheiratete Frau selbständig erledigen. Die Ehefrau kann in solchen Streitigkeiten vor dem Gewerbe-, als auch dem Amtsgericht als Klägerin und als Beklagte auftreten. Sie bedarf weder der Vertretung noch der Zustimmung des Mannes in solchen Prozessen. Das ergibt sich u. a. aus § 1367 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach zum „Vorbehaltsgut“ der Frau gehört, was diese durch ihre Arbeit erwirbt. Hieraus ergibt sich übrigens auch, daß der Mann über den Arbeitslohn der Frau keinerlei Verfügungsrecht hat. Er kann sich z. B. den Lohn der Frau nicht auszahlen lassen. Ebenso können Forderungen gegen den Mann nicht am Arbeitslohn der Frau aufgerechnet werden; ebenso kann der Lohn der Frau nicht für solche Forderungen gepfändet werden. Doch sei, um Irrtümer zu vermeiden, ausdrücklich festgestellt, daß hierdurch die Verpflichtung der Frau, dem Manne zur Bestreitung des ehelichen Aufwandes einen Beitrag zu leisten, unberührt bleibt und diese Verpflichtung auch in bezug auf den Arbeitsdienst der Frau besteht. Der Ehemann braucht auch für Ansprüche, die sich aus einem Rechtsverhältnis um das Arbeits- oder Dienstverhältnis ergeben, zum Beispiel Gerichtskosten, nicht zu haften.

Daß volljährige, d. h. über 21 Jahre alte un- oder verheiratete weibliche Personen in allen den hier berührten Fragen vollkommen rechtsfähig sind, ergibt sich aus dem Gesagten von selbst. Aus diesen weitgehenden Rechten der Frauen ergeben sich aber auch gewisse Pflichten: nämlich, daß sie ihre Selbständigkeit auch richtig handhaben und sich vor allem nicht übervorteilen lassen. Um sich vor Nachteilen zu schützen und die nötigen Rechtskenntnisse und Einsichten zu verschaffen, gibt es nur ein Mittel: den Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation.

„Gewerkschaftliche Fraueneinigung.“
Milch für Minderbemittelte. In einer Bekanntmachung des Polizeiamtes, die unsere Leser im Inferatenteil finden, wird bestimmt: Um minderbemittelten Personen den Bezug von Milch zu ermöglichen oder zu erleichtern, werden von dem Jugendamt durch Vermittlung hiesiger Wohlfahrtsvereinigungen Gutscheine für den unentgeltlichen Bezug von Vollmilch oder von Magermilch auszugeben. Diese Gutscheine berechtigen nicht zum Bezuge einer größeren Menge Milch als dem Inhaber auf Grund der allgemeinen Versorgungsregelung zusteht, sondern dienen nur als Zahlungsmittel.

Eine Ausnahme der Kartoffelverträge findet am 11. November in den Haushaltungen in der Stadt, in den Vorstädten und in den

...Gebietsteile hat. Außer den Haushaltungen...

Photographien unbekannt Verstorbenen. Die Reservelazette...

Mißstände im Delhandel. Das Kriegsernährungsamt hat in...

Leigwaren, Weizengrieß und Runkelrüben...

Sternschnuppen werden sich wieder häufiger...

Der Unterhaltungsabend der Freien Jugend...

Weihnachtsleistungen an vergessene Soldaten...

Stadttheater. Man schreibt uns: Umständehalber...

pb. Entwendete Milchkannen. Am 7. ds. Mts. sind...

pb. Zur Anzeige gebracht wurde, daß in dem Gewässer...

pb. Verlorene Ausweisakte. Am 4. ds. Mts. ist eine...

Renjewald. Gemeinderatswahl. Für die bevorstehenden...

Grabbert, Aug. Kaufmann in Renjewald und Günter S. Witten...

Neueste Nachrichten.

Luquano, 8. November. Dem „Corriere della Sera“ wird...

Theater und Musik.

Das 6. vollständige Konzert des Vereins der Musikfreunde...

Verlustlisten.

Erhalten sind: Preussische Verlustliste Nr. 680. Sächsische Verlustliste Nr. 352.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 13. November bis 25. November 1916...

Aufnahme der Kartoffelvorräte am 11. November 1916.

Der Ausschuss für Kriegshilfe bestimmt hierdurch auf Grund...

Delzhaus Friedrich Zimmermann Beckergarbe 50, I. empfiehlt elegante Neuheiten in nur feinsten Ausführung...

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 6 der Bekanntmachung des Präsidenten...

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Für die Eheaus zahlreicher Soldaten u. Gratulationen anlässlich...

40-50 Maurer zum Stundenlohn von 82 Pfg. und zweimal frei...

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei Otto Albers Markt 4. Kohlmarkt 10.

Ernährungsfragen.

Zur Kartoffelversorgung.

An einer bemerkenswerten Verordnung des lippischen Staatsministeriums läßt sich erkennen, daß man nun doch den Ernst der Lage einzusehen beginnt und sich auch hier und da entschließt, rücksichtslos und entschieden einzugreifen. Für Lippe wird angeordnet: In jeder Gemeinde sind sofort Ausschüsse zu bilden, von denen jeder zu gleichen Teilen aus Kartoffelerzeugern und Versorgungsberechtigten unter „tunlichster Zugabe eines Polizeibeamten“ zu bestehen hat, welche mit größter Gewissenhaftigkeit die Kartoffelvorräte jeder einzelnen Haushaltung nachzuwiegen und für die Abführung des Überschusses an die Gemeinde zu sorgen haben. Diese Maßnahme soll sich auf Selbstverwalter und Versorgungsberechtigte (Erzeuger und Verbraucher) erstrecken. Mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder bis zu 10 000 Mk. Geldstrafe wird belegt, wer sich mehr Kartoffeln verschafft, als ihm zusteht oder überschüssige Kartoffeln zurückhält. — Es ist hohe Zeit, daß überall mit gleicher Entschiedenheit vorgegangen wird.

Eine zeitgemäße Aufforderung.

Der Bezirksamtmann Hipper richtet in den Amtsblättern des Bezirks Lugsburg folgende bedeutende Aufforderung an die Landwirte:

„Von den verschiedensten Seiten muß ich hören, daß die Landwirte mit den Kartoffeln zurückhalten, obwohl sie wissen, daß in den Gemeinden Göttingen, Nannsteden, Gerthofen vor allem, und in weiteren Gemeinden des Bezirks größte Not herrscht. Daß Landwirte Kartoffeln zurückhalten, erhebe ich aus den Bezugslisten, die vorgelegt werden. Die Ausfuhr kann aber im Hinblick auf die Notlage der Arbeiterbevölkerung in den genannten Orten nicht genehmigt werden.“

Wenn diese Aufforderung keinen Erfolg haben sollte, droht der Bezirksamtmann, unter Vornahme einer Hausdurchsuchung mit der Enteignung vorzugehen. Bei der Enteignung dürfen nur 2,50 Mk. für den Zentner bezahlt werden. Außerdem müßte Strafanzeige erstattet werden. In diesem Falle würden die Namen aller Schuldigen öffentlich bekannt gegeben werden, damit für alle Zeiten jene Landwirte gebrandmarkt würden, die unter Mißachtung der Not ihrer Mitmenschen in schwerer Zeit eine erbärmliche Gewinnung und einen niederträchtigen Eigennuß bewiesen haben.

Die Stimmung der christlichen Arbeiter.

In Köln hielt, wie wir schon mitteilten, der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Siegerwald, Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes, einen Vortrag über „die Aufgaben des Volkes im dritten Kriegsjahre“. Er bezeichnete die Lage als sehr ernst. Die vor dem Kriege oft gehörte Behauptung, die deutsche Landwirtschaft könne das deutsche Volk ausreichend ernähren, sei durch die Gerede gewesen. Einzelpersonen und kleinen Haushaltungen gegenüber sei die Einführung der Zwangsmassenspeisung wohl geboten. Siegerwald schloß mit eindringlichen Mahnungen an die landwirtschaftliche und wohlhabende städtische Bevölkerung; Leute, die nur an sich dächten, seien nicht wert, daß für sie Opfer gebracht würden, was die Versammlung mit lebhaftem Beifall unterstrich. — Anlässlich des verhältnismäßig schwachen Besuchs machte ein christlicher Arbeiter in der Ansprache die Bemerkung, daß die christlichen Arbeiter nicht in die Versammlung kämen, weil sie über die jetzigen Zustände zu erbittert seien. Man bekäme doch nicht, was uns versprochen würde; es herrsche größte Erbitterung, daß andere alles in Stille hätten, während die Arbeiter kaum zu ihren Rationen kämen; das schaffe andauernd neue Unzufriedenheit.

Werftarbeiter und Teuerungszulagen

Aus Gewerkschaftskreisen wird dem „Hamburger Echo“ geschrieben:

Während der langen Dauer des Weltkrieges sind die wirtschaftlichen Verhältnisse, die dieser hervorgerufen hat, für die große Masse der konsumierenden Bevölkerung immer drückender geworden. In der letzten Zeit ist durch Inflationierung und Festsetzung von Höchstpreisen freilich einiges gemildert worden, doch haben alle diese Mittel es nicht vermocht, vornehmlich der minderbemittelten Bevölkerung die Last zu erleichtern. Die Teuerung wirkt mit der Länge des Krieges immer schwerer. Anschaffungen aller Art sind in der Erwartung aufgeschoben worden, daß nach dem Kriege die Verhältnisse zu solchen Käufen geeigneter wären. Das Ende des Krieges ist aber in eine unbestimmte Ferne gerückt und die Anschaffungen werden jetzt unumgänglich. Ferner verbraucht man auch heute in jeder Beziehung viel mehr als früher, was wieder auf die gesunkene Qualität der Waren zurückzuführen ist.

Die Absichten Englands, die Niederzwingung Deutschlands durch wirtschaftliche Aushungerung zu erzielen, hat bei uns ganz allgemein die Empfindung ausgelöst, daß man sich mit den gegebenen Verhältnissen — und darunter versteht man in der Hauptsache die Knappheit der Lebensmittel — so gut oder so schlecht es eben geht, abfinden müsse. Auf diesen Umstand ist es auch in der Hauptsache zurückzuführen, wenn trotz der Teuerung die Arbeiter mit bezügelten Forderungen an die Unternehmer lange zurückgehalten hat. Diese Tatsache ist insbesondere bei den Arbeitern der Seeschiffswerken zu konstatieren. In anderen Wirtschaftszweigen hatten die Arbeiter bereits längst Teuerungszulagen erhalten, als auch die Werftarbeiter ernsthafte Ansprache darauf erhoben. Erklärlich wird dies nur dadurch, daß auf den meisten Werften, da diese mit Staatsaufträgen versehen waren, die Arbeit nach Ausbruch des Krieges weiter forciert wurde, und die Arbeiter bei der üblichen Affordarbeit einen etwas größeren Verdienst als bisher herausgearbeitet haben. Dies ging natürlich auf ihre eigenen Kosten. Dieser Vorgang ist aber gerade in jener Zeit vielfach beobachtet worden.

Die Werftbesitzer verhielten sich aber auch von Anfang an sehr zugeknöpft gegenüber den Forderungen der Arbeiter. Wo diese als Gesamtheit auftraten und Kommissionen zu den Werftleitungen vorschickten, wurden sie abgewiesen. Das ist teilweise sogar in einer für die Arbeiter recht verletzenden Form geschehen, die gar nicht burgfriedlich ausah. Obwohl es angebracht erscheinen könnte, so wollen wir in diesem Artikel doch nicht auf die Einzelheiten eingehen. Erst gegen Ende des Jahres 1915 haben sich die Werftbesitzer zum ersten Male bereitgefunden, eine Teuerungszulage in der Form einer Weihnachtsgratifikation zu gewähren. Sie betrug je nach der Stärke der Familie der Arbeiter 16 bis 20 Mk., und war an eine bestimmte Beschäftigungsdauer gebunden. Bei einzelnen Werften waren die Beträge noch etwas niedriger bemessen. Die Arbeiter, die natürlich eine fortlaufende Verbesserung in ihrem Verdienst erwarteten, waren über diese verhältnismäßig geringe Zuwendung sehr enttäuscht. Sie stellten von neuem ihre Forderungen, und zwar teils direkt, zum Teil auch durch ihre Organisationen. Die Wirkung der Arbeiterorganisationen bei solchen Fällen ist unter dem Kriegszustand eine wesentlich andere, als unter normalen Verhältnissen. Daß sie die Mittel heute nicht anwenden können, die ihnen sonst zur Verfügung stehen, ist selbstverständlich auch den Unternehmern bekannt.

Im Frühjahr dieses Jahres sind die Werftbesitzer endlich dazu bewogen worden, die erste dauernde Teuerungszulage den Arbeitern zu gewähren, und zwar in der Höhe von 2, 3 und 4 Mk., teilweise auch bis zu 6 Mk. monatlich, und für Kinder unter 14 Jahren 2 Mk., die allerdings bei unentschuldigtem Versäumnis bis auf ein Drittel gekürzt werden konnte. Auch diese Zulage war nach den gewaltig gestiegenen Preisverhältnissen völlig unzulänglich. Die Arbeiter stellten wieder Forderungen, und zwar meistens die Arbeiter der einzelnen Werftorte durch ihre örtlichen Organisationsleitungen.

Neben denen anderer Orte, richteten auch die Hamburger Werftarbeiter durch den Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Namen der beteiligten örtlichen Organisationen am 22. Juni dieses Jahres an den Verband der Eisenindustrie Hamburg-Altona das Ersuchen, um folgende Zulagen:

1. Eine Lohnerhöhung um 10 Pfg. pro Stunde für alle Arbeiter.
2. Einen Mindestlohn für Arbeiterinnen von 40 Pfg. pro Stunde.
3. Eine der Lohnerhöhung entsprechende Regelung der Affordpreise.

In einer in den folgenden Wochen stattgefundenen Zusammenkunft der „Gruppe Deutscher Seeschiffswerften“ ist daraufhin beschlossen worden, den Arbeitern etwas zu bewilligen, und dieser Beschluß wurde durch Anschlag auf den Werften bekanntgegeben. Nach diesem Anschlag wurde die im April gewährte monatliche Teuerungszulage um 50 Prozent erhöht, die Einstellungslohne sollten um 3 Pfg. und die bestehenden Löhne um 2 Pfg. pro Stunde erhöht werden.

Die Hamburger Werftarbeiter nahmen zunächst in einer Versammlung der Vertrauensleute, nachher auch noch in einer Versammlung der Werftarbeiter selbst zu den auf so eigenartige Weise mitgeteilten Zugeständnissen der Werften Stellung. In beiden Versammlungen kam ihre Unzufriedenheit über die unzureichenden Zugeständnisse, ja das gänzliche Inerachtlassen ihrer für sie dringendsten Wünsche, wie die Regelung der Affordpreise, die Löhne der Arbeiterinnen, recht lebhaft zum Ausdruck. In einer angenommenen Resolution wurde auch den Werften die Antwort der Arbeiter übermittelt. In derselben wurde ausgesprochen, daß die Arbeiter die bekanntgegebenen Zugeständnisse der Werften als eine Art Abschlagszahlung annehmen, daß sie aber auf ihre weitergehenden Wünsche nicht verzichten könnten, sie vielmehr zu gegebener Zeit erneuern würden.

Darüber sind zitta zwei Monate vergangen. Dann haben die Hamburger Werftarbeiter ihre Arbeitgeber wiederum um eine Verbesserung ihres Verdienstes ersucht. In Anbetracht der im Juni bewilligten 2 Pfg. zum bestehenden Lohn wurde die weitere Erhöhung um 8 Pfg., um die erwähnte Erhöhung der Löhne für Arbeiterinnen sowie um die Regelung der Affordpreise. Die Begriffe für eine solche Regelung wurden in der schriftlichen Eingabe in folgender Form zum Ausdruck gebracht: Daß für Berufsarbeiter bei Affordarbeit pro Stunde mindestens ein Verdienst von 1 Mk. erreicht wird, für angeleitete Arbeiter ein solcher von 85 Pfg. und für ungelernete Arbeiter 70 Pfg. Ähnliche Forderungen wie diese sind auch von den Werftarbeitern der anderen Orte an die dortigen Unternehmer gerichtet worden. Zum Teil sind diese schon früher, zum Teil auch etwas später als die Hamburger Forderungen den Unternehmern zugestellt.

Es sind dann wieder mehrere Wochen ins Land gegangen, bis schließlich die Werften durch den Vertreter des Hamburger Zweigverbandes der Unternehmer ihre Entschädigung mitgeteilt haben, daß sie zu einer Besprechung der Wünsche der Arbeiter mit Vertretern derselben zusammenkommen wollten. Da die Forderungen der Arbeiter, durch ihre Organisationsleiter, den Werften übermittelt worden waren, haben sich, was ja eigentlich selbstverständlich ist und auch schon zur Geselligkeit geworden war, Vertreter der beteiligten Verbandsleitungen, und zwar der freien, sowohl wie der christlichen Gewerkschaften, auch des Gewerkschaftsvereins (Hilfs-V.), zur Teilnahme an Verhandlungen bereit erklärt und den Werftbesitzern dies zur Kenntnis bringen lassen. Diese aber haben dann durch ihren Vertreter Herrn Spidius Dr. Rißke erwidern lassen, daß es weder ihr Wunsch noch ihre Absicht sei, mit Vertretern der Verbandsleitungen die Angelegenheiten zu besprechen. Ihre Absicht sei vielmehr die, einer beschränkten Zahl von aus den Kreisen der Werftarbeiter gewählten Vertretern den ungünstigen Stand der Werften zu erklären und ihnen zu sagen, daß sie aus diesen Gründen die Forderungen der Arbeiter ablehnen müßten. Wenn die Vertreter der Verbandsleitungen zu der Besprechung hinkämen, würden die Werftbesitzer dagegen wohl nicht protestieren, aber erwünscht wäre ihre Anwesenheit nicht. Und diese Absicht der Unternehmer hat dann auch Herr Dr. Rißke in anerkannter Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Einer Erörterung, wie sie hier beabsichtigt war, konnten die Vertreter der Verbandsleitungen allerdings gerne fern bleiben, und das haben sie denn auch getan.

Aber eine andere Frage lag sehr nahe und das war die, ob denn die Arbeiter überhaupt noch zu einer solchen „Verhandlung“ Vertreter entsenden sollten. Sie, die bei den Unternehmern um Verhandlungen über ihre Forderungen nachgehakt hatten, sie wurden jetzt zu dem ausgesprochenen Zweck eingeladen, um ihnen einen im voraus gefaßten Beschluß „zu erklären“, daß die Werften nichts bewilligen wollten. Es gehört gewiß nicht viel Phantasie dazu, die Möglichkeit der Ablehnung dieses Verlangens bei den Werftarbeitern vorauszusetzen. Und man könnte fast versucht sein, zu glauben, die Voraussetzung war: auch von der Gegenseite in Rechnung gestellt. Jedoch wir wollen das vorläufig nicht annehmen, wir sehen vielmehr voraus, daß es wohl eine unglückliche, aber immerhin ehrliche Absicht war, die die Unternehmer verfolgten.

Von den Werftarbeitern aus den verschiedenen Werftorten war eine Vertreterschaft nach Hamburg zusammengekommen und diese hat sich beraten lassen, eine Kommission zu entsenden. Es wurden 18 Personen dazu bestimmt, und zwar so, daß alle Werft-

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

18. Fortsetzung.

Raskolnikow verlor nicht ein Wort, er vernahm alles ganz deutlich: Elisabeth war noch jung, von einer anderen Mutter als die alte Aljona und etwa fünfundsiebzig Jahre alt, arbeitete Tag und Nacht für diese, war im Hause als Köchin und Wäscherin, nähete außerdem für die Leute, wusch auch Röcke und gab allen Verdienst ihrer Schwester. Keine Bestellung, keine Arbeit wagte sie ohne Erlaubnis derselben an sich zu nehmen. Die Alte aber hatte bereits ein Testament gemacht, Elisabeth mußte dies, derselben war darin kein Großes vermach, nur das bewegliche Eigentum, wie Stühle und dergleichen; alles Geld hatte sie einem Kloster in N-Gouvernement ausgeliebt zum ewigen Gedächtnis ihrer Seele. Elisabeth war Bürgerin, aber nicht aus dem Uchin, sie war noch unverheiratet, sah sehr unbeholfen aus, hochgewachsen, mit langen, wie herausgedreht erscheinenden großen Füßen, die fast stets in Schuhen von Ziegenleder haken und hielt sich reinlich. Was indessen der Student am meisten bewunderte und was ihm am lustigsten erschien, war, daß Elisabeth sich bisweilen in gelegenen Umständen befand.

„Du sagtest doch, sie sei ein Ungeheuer?“ fragte der Offizier. „Ja, ein entsetzliches“, sieht aus wie ein einzelknechteter Soldat, indessen, sie ist doch nicht ganz ein Ungeheuer; ihr Gesicht, ihr Auge ist gutmütig, sehr sogar. Der Beweis hierfür liegt schon darin, daß sie vielen zu gefallen scheint. Sie ist auch sehr ruhig, sanft, gehorsam und gefügig, zu allem gefügig. Ihr Lächeln ist sogar wirklich angenehm.“

„Wo gefäht sie dir auch?“ lächelte der Offizier. „Ihrer Selbstsamkeit halber. Nein, ich will dir aber noch sagen, ich will die vermaldeite Alte totschlagen und herabrennen, und ich versichere dir, ich würde nicht die geringsten Gewissensbisse darüber empfinden“, rief der Student eifrig.

Der Offizier lachte wieder, Raskolnikow erzitterte: wie seltsam das war!

„Gestatte mir eine ernsthafte Frage“, fuhr der Student errötet fort. „Ich habe jetzt allerdings nur geschertzt, aber ich an: Auf der einen Seite eine einseitige, gedankenlose, unnütze, bössartige, kranke Alte, die niemandem zu etwas nützt, die vielmehr allen feindselig zehnt, selbst nicht weiß, weshalb sie lebt und morgen schon herben kann. Verstehst du mich? Ja?“

„Nun, ich verstehe dich wohl“, sagte der Offizier, aufmerksam den erregten Freund betrachtend.

„So höre weiter. Auf der anderen Seite jugendliche, frische Kräfte, die aus Mangel an Unterhalt verderben, zu Tausenden,

bis auf den heutigen Tag. Hundert, ja tausend gute Werke, welche mit dem Gelde der Alten vollbracht werden könnten, müssen in das Kloster verschlossen werden. Hundert, ja tausend Christen viellicht können damit auf den richtigen Weg gebracht, ein Duzend Familien dem Elend, der Auflösung und dem Untergang, sowie der Ausweisung entzogen werden — nur mit ihrem Gelde! Töte sie, nimm ihr das Geld in der Absicht, es zu deiner Unterstüßung anzuwenden, dich selbst zum Dienst der gesamten Menschheit, der Allgemeinheit zu bestimmen: wie denkst du, sollte nicht ein einziges nicht großes Verbrechen mit tausend guten Werken zu sühnen sein? Für ein einziges Leben tausend andergerettet von Verderben und Untergang? Für einen Tod hundert Leben — das wäre des Exempel! Und was ist das Leben dieser heftigen, einseitigen und bössartigen Alten wert auf der Wage der Allgemeinheit? Nicht mehr als das Leben eines Angestrichelten und noch nicht einmal sordel, weil die Alte bössartig ist. Sie verzögert fremdes Leben, sie hat neulich die Elisabeth vor Hut den Finger durchbissen, sodas er beinahe hätte abgenommen werden müssen.“

„Sie ist in der Tat unwert zu leben“, antwortete der Offizier, „aber das liegt nun einmal in der Natur.“

„Ach, Freund, die Natur läßt sich verbessern und richten, sonst müßte man ja in Bourreien ertrinken; ohne dies würde es keinen einzigen großen Mann geben. Man spricht von Gewissen, Pflicht, ich will nichts dagegen einwenden, aber wie lassen wir beides auf? — Paß auf, ich muß dir noch eine Frage vorlegen. Hör!“

„Nein, halt ein; ich will dir eine stellen, höre zu!“

„Nun?“

„Du sprichst jetzt des Langen und Breiten, aber antworte mir: Willst du selbst die Alte ermorden, oder nicht?“

„Versteht sich, ich nicht; ich bin für die Gerechtigkeit, eine solche Tat könnte ich nicht ausführen.“

„Aber nach meiner Meinung gäbe es dann, wenn du dich selbst nicht dazu entschließen kannst, durchaus keine Gerechtigkeit! Komm, noch eine Partie!“

Raskolnikow sah in äußerster Erregung. Allerdings waren dies ja die gewöhnlichsten und häufigsten; nicht nur einmal, und höchstens in anderer Form und bei anderen Themen vernommenen Reuerungen und Ideen der Jugend. Aber wie kam es nur, daß er gerade jetzt ein solches Gespräch, Ideen vernahmen mußte, die in seinem eigenen Innern schon oft auch entstanden waren; ganz eben solche Ideen? Warum gerade jetzt, da er den Keim zu ihnen über die Alte erst entfernt, und auf das Gespräch über dieselbe lief? Stets ist ihm in der Folge dieses Begegnen rätselhaft geblieben. Diese nichtsagende Wirtschaftsunterhaltung hatte einen außerordentlichen Einfluß auf ihn ausgeübt bezüglich der Weiter-

entwicklung seines Vorhabens, so als wäre sie gleichsam eine Vorherbestimmung, ein Wegweiser gewesen.

Als Raskolnikow nach Hause zurückgekehrt war, warf er sich auf das Sofa und verharrete eine lange Stunde hindurch bewegungslos auf ihm; es wurde mittlerweile dunkel, Licht hatte er nicht, es kam ihm auch gar nicht in den Sinn, solches anzuflehen. Er wußte nicht zu bestimmen, ob er in diesem Augenblick etwas gedacht habe. Endlich fühlte er von neuem das Fieber, ihn froz, da fiel ihm zu seiner Befriedigung ein, daß er auf dem Sofa auch liegen könne. Bald überkam ihn ein fester, tiefer Schlaf, der ihn gleichsam zu erdrücken schien. Er schlief ungewöhnlich lange und ohne zu träumen. Als Raskolnikow um zehn Uhr am anderen Morgen bei ihm eintrat, vermochte sie ihn kaum zu erwecken, sie brachte ihm Tee und Brot wiederum in ihrem eigenen Gehirne.

„Der schläft immer noch!“ rief sie unwillig, „immer schläft er doch!“

Raskolnikow erhob sich mit Mühe, sein Kopf schmerzte ihn, er stellte sich auf die Füße, drehte sich um und fiel dann wieder auf das Sofa.

„Immer noch schlafen?“ rief Raskolnikow, „bist du denn krank?“

Er antwortete nicht.

„Willst du deinen Tee nicht?“

„Später“, verfehte Raskolnikow mit Anstrengung, die Augen schließend und sich nach der Wand drehend. Raskolnikow stand bei ihm.

„Er ist gewiß krank“, sagte sie, wandte sich um und verließ das Gemach. Um zwei Uhr erschien sie wieder mit der Suppe; er lag noch wie zuvor, der Tee stand unberührt. Raskolnikow nahm dieses sehr übel und begann heftig auf ihn zu schelten.

„Weshalb schläfst du denn fortwährend!“ rief sie aus, erzürnt auf ihn blickend. Er richtete sich empor und setzte sich, sprach aber kein Wort und starrte auf den Boden.

„Bist du krank oder nicht?“ fragte Raskolnikow, ohne eine Antwort zu erhalten.

„Du müßtest ein wenig auf die Straße gehen“, fuhr sie nach einer Pause fort, „frische Luft mußst du um dich wehen lassen. Willst du nicht etwas essen?“

„Später“, antwortete er schwach, „verlaß mich.“ Er winkte ihr mit der Hand, sie wartete gleichwohl noch einige Zeit, ihm voll Mitleid betrachtend, ehe sie hinausging.

Nach einigen Minuten hob er den Blick und schaute lange auf die nTee und die Suppe. Dann ergriff er das Brot, den Löffel und begann zu essen.

Er aß nicht viel, ohne Appetit und nahm drei oder vier Löffel

Tee, wie eine Maschine.

Z Fortsetzung folgt.

... außer Stettin und Rostock, die bei der Sache nicht mit einbezogen, vertreten waren. Diese Sitzung mit den Vertretern fand am Freitag, dem 20. Oktober d. J., in Hamburg statt. Den Vertretern der Werftarbeiter ist dort, wie es schon angedeutet war, auseinandergesetzt worden, daß die wirtschaftliche Lage der Werften eine recht ungünstige sei und daß die Unternehmerrunde die Wünsche der Arbeiter nicht berücksichtigen können. Besonders Herr Dr. Ing. H. Blohm, der auch die Sitzung geleitet hat, ist hier als Sprecher der Werften aufgetreten. Bei der längeren Auseinandersetzung, bei der man schließlich auch auf Einzelfälle eingegangen ist, wo unter anderem auch die Mißstände im Affordwesen berührt worden sind, ist dann von Herrn Blohm die Erklärung abgegeben worden, daß eine Revision der Affordpreise freigegeben solle. Es würde auch noch ein näherer Bericht erteilt werden.

Am demselben Tage, an dem diese Sitzung stattfand, tagte am Nachmittag auch noch eine Konferenz der Vertreter der Werftarbeiter in Hamburg. Diese hat den Bericht über die Besprechung mit den Werftbesitzern entgegengenommen und ihre Antwort darauf in folgender Entschliessung zum Ausdruck gebracht:

Die am 20. Oktober 1916 in Hamburg tagende Konferenz der Vertreter der Werftarbeiter bedauert, daß die Werftbesitzer auf die Forderungen der Arbeiter keinerlei Entgegenkommen gezeigt haben. Die Konferenz ist überzeugt, daß durch die ablehnende Haltung der Werftbesitzer die vorhandene große Unzufriedenheit unter den Werftarbeitern noch erheblich gesteigert wird. Da das Ergebnis der heutigen Verhandlungen den Erwartungen, die die Werftarbeiter an diese geknüpft haben, nicht entspricht, verpflichten sich die Vertreter der Werftarbeiter, auf den einzelnen Werften auf weitere Verhandlungen, insbesondere auf die zugelayte Revision der Afford, zu dringen und über den Ausgang der Verhandlungen an die Zentral-Verftkommission zu berichten.

Den Vorständen wird anheim gestellt, mit den zuständigen Reichsbehörden in Verbindung zu treten.

Die Vertreter auf der Konferenz werden nun inwieweit den Kollegen an ihren Orten bereits berichtet haben, daß bei der Besprechung mit den Werftbesitzern in Hamburg nichts herausgekommen ist. Ob nun eine Revision der Affordpreise auf den einzelnen Werften vorgenommen wird, das muß sich bald zeigen. Denn wenn die Werften den guten Willen dazu haben, dann kann die Sache nicht auf die lange Bank geschoben werden; denn für die Arbeiter ist die Sache wirklich dringend. Wir wollen die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß auch die Werftbesitzer dies doch noch einsehen. Neben dem allgemeinen, liegt es doch auch in ihrem persönlichen Interesse, dazu beizutragen, daß ein gedeihliches Arbeitsverhältnis erhalten wird. Trotz aller schönen Reden über die ungunstige Lage der Werften will man die Arbeiter nicht davon überzeugen können, daß eine florierende Industrie, wie es die deutsche Schiffbauindustrie in dieser Zeit nun einmal ist, und nach den Geschäftsaussichten in den Geschäftsjahren der einzelnen Werfte auch in der Zukunft noch sein wird, nicht in der Lage sein soll, ihre Arbeiterchaft den Zeitverhältnissen entsprechend zu bezahlen; auch wenn sie mit manchen Widerwärtigkeiten zu rechnen hat. Die deutschen Schiffbauwerften legen besonderen Wert auf gute Leistungen, weil sie damit am besten ihre auswärtige Konkurrenz aus dem Felde schlagen können. Sie sind damit aber auch auf eine gut ausgebildete und leistungsfähige Arbeiterchaft angewiesen. Eine solche kann man auf die Dauer aber nur durch eine den gestellten Anforderungen entsprechende Bezahlung erhalten.

Die Affordfrage spielt für die Werftarbeiter von jeher eine ausschlaggebende Rolle, da fast ausschließlich in Afford gearbeitet wird. Wenn eingangs dieser Betrachtung erwähnt wurde, daß während des Krieges die Arbeit mehr forciert worden ist, und daß die Arbeiter durch Mehrleistung ihren Verdienst teilweise etwas gesteigert haben, so dürfte es erklärlich sein, daß mit der Dauer auch die Kraft der Arbeiter schließlich erschöpft. Das trifft schon an normalen Zeiten zu. Daß der Zustand aber unter den herrschenden Verhältnissen eintreten muß, dürfte wohl jedem Menschen von selbst verständlich sein, ohne daß man erst auf die Ursachen eingehen braucht, die den Zustand herbeiführen. Eine Lohn-erhöhung allein kann der Werftarbeiter nicht helfen, weil diese bei der Affordarbeit nicht zur Geltung kommt. Denn nicht der Lohn bildet das Einkommen des Arbeiters, sondern der Betrag, der in Afford erarbeitet wird. Zudem besteht auf den Werften noch ein ausnahmsweise niedriger Lohnsatz, der in anderen Erwerbsgruppen der Metallindustrie nicht mehr zu finden ist. Deshalb ist für die Werftarbeiter notwendig: Eine Erhöhung des Grundlohnes und eine gleichzeitige Aufhebung im Affordverdienst. Diese Notwendigkeit tritt jetzt ganz besonders zutage.

Frauenarbeitsarbeit und Arbeiterinnenschutz.

Von Louise Zieg.

Mit der steigenden Intensität und der wachsenden Mechanisierung der Arbeit ist ein tiefenstehender geschlechtlicher Schatz der Arbeitenden, der fortgesetzt erweitert werden muß, zu einer kulturellen Notwendigkeit geworden.

Die Gesetzgebung hat aber meistens erst jetzt festgestellt, was durch den wirtschaftlichen Kampf errungen und längst Praxis geworden war.

Trotzdem haben wir alle Ursache, immer von neuem das größte Gewicht auf eine gesetzliche Regelung des Schutzes zu legen, weil erst diese eine feste Stütze der Ausbeutung ist, die nicht bei jeder Krise sofort durchbrochen und niedergelegt werden kann.

Insbesondere ist gegenwärtig bei der starken Zunahme der Frauenarbeitsarbeit, ein ausweidender Arbeiterinnenschutz von größter Bedeutung, ja mehr als das: eine unumgängliche Notwendigkeit.

Durch das Notgesetz vom 4. August 1914 ist dem Reichstag die Forderung eingebracht, die geltenden Arbeiterinnen-, Jugend- und Kinderbeschützungsmaßnahmen während der Dauer des Krieges außer Kraft zu setzen. In die Angeratenung der Schutzgesetze auch dann genützt, so ist die leichtere Möglichkeit, von der Anwendung der Gesetze befreit zu werden, von den Unternehmern sehr stark ausgenutzt worden.

Ras für kurze Zeit und als Ausnahme gedacht war, ist jetzt eine mehr als zweijährige Praxis und Regel geworden. In der Folge ist nicht nur die Arbeitszeit vielfach verlängert, das Verbot der Nachtarbeit außer Kraft gesetzt, sondern auch Frauenarbeit in Betrieben zugelassen, in denen sie vor dem Kriege durch Gesetz oder Betriebsratsverordnung verboten war.

Diese ist unzureichende Ausnutzung der weiblichen Arbeitskraft durch die Dauer zweifellos in hohem Maße gesundheitsgefährlich.

Ein Gesundheitsgefährdung der Frauen bringt fortwährend aber auch eine Beeinträchtigung von Gesundheit und Lebensmöglichkeit der nachwachsenden Generation. Aller Arbeiterinnenschutz hat deshalb doppelte Bedeutung: Er soll eine unzureichende Gesundheit ihrer weiblichen Angehörigen vermeiden, um in der Arbeiterin die Persönlichkeit, den Menschen, dem eigenen Denken, Fühlen, Reden und Streben Raum zu lassen, und er soll gleichzeitig der weiblichen Arbeiterin, der gegen Familie und Gesellschaft die naturgegebenen Pflichten der Mutterpflicht zu erfüllen hat.

Je größer die Zahl der weiblichen Arbeiter wird, umso mehr muß aber besonders nicht nur ihr eigenes Interesse und das ihrer Angehörigen, sondern darüber hinaus das Lebensinteresse der Gesellschaft, das bei Arbeiterinnenschutz eine festige Anknüpfung er-

Der erste Schritt dazu ist die Aufhebung des Notgesetzes von 1914.

Bei der starken Überfüllung des weiblichen Arbeitsmarktes kann keine Rede davon sein, daß Nacht- und Überstundenarbeit gemacht werden müßte, um die Produktion aufrecht zu erhalten. Dagegen wird der Verlust, welcher der Volksgesundheit aus dem gegenwärtigen Stand der Dinge erwächst, ein unüberwindlicher werden, je mehr, je länger die weibliche und jugendliche Arbeitskraft fast ungeschützt bleibt.

Bisher sind freilich die sozialdemokratischen Anträge im Reichstage, dergleichen die Petition der Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Frauen und des Arbeiterinnensekretariats ohne Erfolg geblieben. Diese Tatsache darf uns jedoch nicht abhalten, immer aufs neue die Aufhebung des Notgesetzes zu heischen und darüber hinaus unsere weitergehenden Forderungen für den Ausbau des Arbeiterinnenschutzes mit Nachdruck zu vertreten.

Eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden für die erwachsenen Arbeiterinnen und auf sechs Stunden für die Jugendlichen; Verbot der Erwerbsarbeit für alle Kinder bis zum 16. Lebensjahre; die Freigabe des Sonnabendnachmittags, um den Arbeiterinnen einen wirklich freien Sonntag zu sichern, die Freigabe eines freien Nachmittags zu Körperübungen für die Jugendlichen; die generelle Einföhrung einer vierzehntägigen Ferienzeit für alle Arbeitenden unter Fortzahlung des Lohnes; Verlängerung der als Nacht bezeichneten Zeit, um ein Durchbrechen des Verbots der Nachtarbeit durch Überstunden zu verhindern; ein Verbot der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen bei gewerblichen Giften und gesundheitsgefährdenden Arbeitsarten und -Methoden; Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen acht Wochen vor der Entbindung und acht Wochen nach dieser; ein Ausbau des Heimarbeiter-schutzes nach den Grundzügen, wie sie von den verschiedenen Heimarbeiter-tagen aufgestellt worden sind.

Das sind die wichtigsten Forderungen, die wir in der Öffentlichkeit propagieren und im Parlament mit Energie vertreten sollten. Alle Forderungen, deren Durchsetzung durch die steigende Zunahme der Frauenarbeitsarbeit und die Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse dringlicher denn je geworden ist.

Über hat schon eine starke Gewöhnung an die schrankenlose Ausnutzung der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte stattgefunden; in der Folge wird deshalb die Durchsetzung eines erweiterten Schutzes ungemein erschwert werden.

Daraus erwächst für uns die Pflicht, den gekennzeichneten Ausbau des Arbeiterinnenschutzes als soziale und volkswirtschaftliche Notwendigkeit wieder und wieder aufzuzeigen und eindringlich darzustellen, um die Entscheidung vorwärts zu treiben.

In erster Linie ist es natürlich Sache unserer Genossinnen, die Diskussion dieser für sie so überaus wichtigen Fragen anzuregen und immer wieder in den Vordergrund zu rücken.

Je größer die Zahl der Interessierten, je klarer ihre Erkenntnis, je fester ihr Wille und je heller ihre Begeisterung, umso leichter und voller der angestrebte Erfolg.

Deshalb ans Werk, Genossinnen, um unsere Sache handelt es sich!

Amerikanische Krieskriegsgewinne.

In der Zeitschrift für das gesamte Schieß- und Sprengstoffwesen wird die Höhe der Kriegsbestellungen mitgeteilt, die Amerika durch den Weltkrieg in Auftrag bekommen hat. Als Gesamtergebnis ergibt sich ungefähr die Summe von 600 Millionen Pfund Sterling (12 Milliarden Mark). Es sind auf diese Weise Geschäftsmillionäre und Multimillionäre in kurzer Zeit aus Leuten geschaffen worden, welche ohne große Anstrengungen das Geld in ihre Tasche fließen sehen. Die größten Umsätze machte die Bethlehem Steel Co. Ihre Fabriken werden beständig vergrößert. So ist eine neue Anlage jetzt erst wieder beendet. Die Bethlehemwerke fertigen im Monat etwa 350 000 Granaten jeder Größe. Die Dupont-Pulver-Gesellschaft ist die zweitgrößte Gewinnmache-rin. Sie hat Bestellungen zu einem Gesamtbetrag von 30 Millionen Pfund Sterling (600 Millionen Mark) abgeschlossen.

Aber nicht nur in der Quantität, sondern auch in der Qualität ist die amerikanische Rüstungsindustrie leistungsfähig. Küchling rühmt die Jagdweise und die Raffine, daß amerikanische Fabrikate auch auf den Schlachtfeldern Zeugnis ablegen für den steigenden Erfindergeist und erfolgreiche Fabrikationsleistung der amerikanischen Industriewirtschaft.

Ein Beispiel dafür bietet die Anpreisung der Cleveland Automatic Machine Company Cleveland Ohio, einer größeren amerikanischen Rüstungsfirma. In American Magazine werden die Vorgänge der von dieser Firma gelieferten Granaten wie folgt angepriesen:

Im Anschluß daran wollen wir noch einige Bemerkungen machen, die nicht ohne Interesse sein werden. Die im folgenden beschriebene 13- bzw. 18-pfundige hochexplosive Granate wird jetzt schon in so ausgedehntem Maße im Kriege verwendet, daß sie sicher das gewöhnliche Schrapnell ersetzen wird. Das Material hat eine hohe Zugfestigkeit, ist nach besonderem Verfahren gewonnen und zeigt bei der Explosion der Granate die Tendenz, in kleinste Stücke zu zerpringen. Die Zündentzündung der Granate, ähnlich der des Schrapnells, unterscheidet sich nur dadurch, daß zur Detonation der Ladung im Hohlraum zwei explosive Säuren Verwendung finden. Durch die Vereinigung dieser beiden Säuren wird eine fürchtbare Explosion verursacht, mit einer viel größeren Zerstörungskraft als alles bislang Bekannte. Bei der Explosion überziehen sich die Sprengstücke mit diesen Säuren, und die dadurch hervorgerufenen Wunden bedeuten einen fürchtbaren Todes-schmerz, falls ärztliche Hilfe nicht sofort zur Stelle ist. Wie die Verhältnisse in den Schützengraben liegen, darf als feststehend angesehen werden, daß es unmöglich ist, ärztliche Hilfe zur Ver-hütung des tödlichen Ausganges rechtzeitig heranzubringen. Befindet sich die Wunde im Körper oder in der Kopf, so muß sie unbedingt sofort ausgekaut werden. Sind die Gliedmaßen getroffen, so hat man unverzüglich die Amputation vorzunehmen, da es kaum ein anderes Mittel geben dürfte, mit dem man dem Gifte wirksam begegnen kann. Unsere Granate ist also, wie man hieraus ersieht, bedeutend leistungsfähiger als das gewöhnliche Schrapnell, da die von Schrapnellstücken und Sprengstücken im Fleisch hervorgerufenen Wunden nicht so gefährlich sind und hier kein giftiger Bestandteil vorhanden ist, der einen ärztlichen Eingriff sofort verlangt.

Wir haben es doch im Jahrhundert der Kultur und Humanität herlich weit gebracht in der Erfindung der grauenvollsten Wundwerkzeuge.

Genossenschaftsbewegung.

Aus der dänischen Genossenschaftsbewegung. Ein verhältnismäßig neues Unternehmen, der dänische genossenschaftliche Kohlenereisverein, kann über gutes Wachstum berichten. Die Mitgliederzahl liegt von 433 auf 633, die Geschäftsanteile von 25 000 Kronen auf 538 000 Kronen. Unter den Mitgliedern befinden sich 329 Genossenschaftsmitglieder, 29 Konsumvereine, 14 Genossenschaftsfilialbetriebe, 23 Brennmaterialvereine und 16 sonstige Vereine. Vermittelt wurden insgesamt 59 800 Tonnen Brennmaterial, 43 % mehr als im Vorjahre; 41 Dampf- und Hebezugmaschinen waren für den Transport erforderlich. Besonders stark ist die Beteiligung der Molkereien und Konsumvereine, und bemerkenswert der große Zugang an Brennmaterialvereine, von denen in den letzten Jahren viele gegründet wurden.

Deswegen hat die dänische Amtsentwicklung interessante Angaben über die dänischen Exportkohlenbetriebe. Es haben den Anfang 1913 41 Genossenschafts- und 21 Privatportkohlenbetriebe. Die Genossenschaftsbetriebe beschäftigen zusammen 1363 Personen oder durchschnittlich 33 pro Schicht. In-

samt wurden in ihnen 1 984 554 Schweine oder durchschnittlich 48 400 pro Schichterei geschlachtet, während 1905 die bestehenden 31 Genossenschaftsbetriebe mit durchschnittlich 26 Arbeitern pro Schichterei nur 33 000 Schweine schlachteten. Trotz der Vermehrung der Betriebe ist also der Umsatz pro Betrieb gestiegen. Die Zahl der Privatbetriebe war 1905 die gleiche, sie schlachteten aber nur 394 550 Schweine gegen 488 000 im Jahre 1905, also 18 800 gegen 23 000; zugleich sank die Durchschnittszahl der beschäftigten Arbeiter von 23 auf 19. Der Verkaufswert der Schlachtereiprodukte der Privatbetriebe betrug 1913 31 Millionen Kronen, der der Genossenschaftsbetriebe 158 Millionen Kronen. Von dem Gesamtergebnis von 189,3 Millionen Kronen entfielen auf Speck und Fett 169,3 Millionen Kronen; von dem Speck wurden 90 % ausgeführt.

Auch über die Molkereien wurden Angaben gemacht. Danach bestanden 1914 insgesamt 1503 Molkereien, nämlich 1188 Genossenschaftsmolkereien, 196 Sammelmolkereien, 16 Gutsbesitzermolkereien, 123 andere Molkereien. Seit dem Jahre 1900 hat die Zahl der Genossenschaftsmolkereien um 139 zugenommen, während die der übrigen um 248 zurückging. Im Jahre 1914 wurden pro Molkerei 2,27 Millionen Kilo Milch verarbeitet, Beschäftigt wurden 6208 - 5092 männliche, 1116 weibliche - Personen. In jede Molkerei wurde von durchschnittlich 169 Lieferanten die Milch von durchschnittlich 864 Kühen geliefert. Die Gesamtproduktion des Jahres in Dänemark betrug 3500 Millionen Kilogramm, wovon 3285 Millionen Kilogramm in Molkereien verarbeitet wurden. 94 % der Milch wurden zur Butterfabrikation verwendet, 1 % zu Käse, 3,9 % zu Rahm und nur 1 % zum direkten Verkauf. Die Durchschnittsmilchmenge pro Kuh betrug 2616 Kilo jährlich, pro Kilo Butter wurden durchschnittlich 25,6 Kilo Milch verwendet. Insgesamt hatten die Molkereiprodukte einen Wert von rund 346,6 Millionen Kronen, wovon 249 Millionen Kronen auf Butter und 7,6 Millionen Kronen auf Käse entfielen.

Herr And. Nielsen, Vorsitzender der dänischen Genossenschaftsorganisation, der Genossenschaftsbank und anderer Ämter, ist kürzlich zum Vorsitzenden der „Foreningen af indse Landboforreninger“, der Organisation der jütischen Landwirte, gewählt worden. Es ist dies das höchste Vertrauensamt, das die dänischen Landwirte zu vergeben haben; ein Beweis der Achtung, der sich der auch in Deutschland wohlbekannte Genossenschaftler unter seinen Berufsgenossen erfreut.

Aus dem Gerichtssaal.

Mordprozess in Berlin. Die beiden Brüder Richard und Otto Klaus, die am 25. September die Blumenarbeiterin Rudolph in ihrer Wohnung ermordeten und beraubten, wurden von der ersten Strafkammer des Landgerichts I je zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Beide waren bei Begehung der Tat noch nicht 18 Jahre alt.

Verurteilter Steuerhinterzieher. Die Strafkammer in Bielefeld verurteilte die Fabrikanten Wilhelm und August Blase aus Lübbecke wegen Tabaksteuerhinterziehungen zu der höchst zulässigen Geldstrafe von je 100 000 Mark oder zwei Jahren Haft. Beide haben im Jahre 1909 große Mengen von Auslandstabak der Nachversteuerung entzogen.

Aus Nah und Fern.

Eine Liebestragödie hat sich gestern in einem Berliner Hotel abgespielt. Dort liegen der 24 Jahre alte Garde-Grenadier Alfred Hoffmann aus Potsdam und die 23jährige Verkäuferin Martha Welker, die ebenfalls in Potsdam wohnte, ab. Als sie nichts von sich hören ließen, sah sich der Wirt nach ihnen um, fand die Tür von innen verschlossen und mußte mit Gewalt öffnen lassen. Beide Gäste lagen entkleidet und tot in den Betten.

Aufgeklärtes Verbrechen. Vor einigen Tagen wurde die vermittelte Rentnerin Emilie Krüger in Hagnau (Schlesien) in ihrem Schlafzimmer ermordet aufgefunden. Jetzt geht man auf vierzehnjähriges Dienstmädchen namens Margarete Günzel, ihre Herrin aus Rache für Mißhandlung mit einer Art nachts erschlagen zu haben.

Ein Knabe auf einem Abbruchgrundstück verhängt. Auf dem zum Teil bereits abgerissenen Grundstück der Maschinenfabrik von Gebauer, Beusselstraße in Berlin, wurde der 13jährige Schüler Walter Gerde, der im Nebenbauge bei seinen Eltern wohnte, durch eine zusammenbrechende Gipsdielenbede erschlagen. Der Knabe löste von der mit den Grundmauern verbundenen Decke die Eisenverbindungen, dadurch stürzte dieselbe ein und riß den Knaben mit sich. Als man ihn unter den Trümmern hervorzog, war der Tod infolge Schädelbruchs bereits eingetreten.

Fabrikbrand in Köpenick. In einer Fabrik in der Kaulsdorfer Straße in Köpenick brach nach Betriebschluss auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise in einem Lagerraum Feuer aus, das außerordentlich schnell um sich griff, da auch mehrere Tanks mit Benzin von den Flammen ergriffen wurden und explodierten. Das Feuer erfaßte mehrere andere Fabrikgebäude, die vollständig ausbrannten. Die Feuerwehren von Köpenick und den umliegenden Ortsteilen waren zwar bald zur Stelle, vermochten aber nur wenig auszurichten, sondern mußten sich darauf beschränken, die übrigen Baulichkeiten gegen ein Uebergreifen der Flammen zu schützen, was denn auch nach angestrengter Tätigkeit gelang. Der angerichtete Schaden ist erheblich.

Stettenheim, ein bekannter Humorist, ist kürzlich hochbetagt in Berlin gestorben. Aus diesem Anlaß wird der „Bosk. Ztg.“ geschrieben: Das seltsame gewordene Wächlein, in dem Stettenheim die zuerst in den „Berliner Wespen“ veröffentlichten, witzigen Zigarettenamen sammelte, liegt nur mir. Es enthält nach einer Einleitung über die Kunst, eine Zigarre anzubeten, die launige Schilderung eines „Tour fixe bei Mudenich“; der Gastgeber stellt sich schließlich „das Pfeifen des armen Mannes“ an und kommt auf das drohende Tabakmonopol zu sprechen: Wenn wir das erst haben, dann wird es den Zigarren an Eigenlob nicht fehlen. Als besonders beehrte Sorten für Nichtraucher zählt er dann hundert Marken auf, von denen einige hier noch angeführt seien: „Des Lebens Mat.“ Einmal und nicht wieder. — „O Darneboom.“ Präzisionszigarre mit der Devise: Wie grün sind deine Blätter. — „Europa.“ Wer die nicht, muß ein Döke sein. — „Der Pfeil des Tell.“ Bringt bitter Schmerzen. — „Polystyrol.“ Hier wendet sich der Zaht mit Traufen. — „Lotto.“ Man braucht zwei Waisenknaben zum Ziehen. — „Mond.“ Hat keine Luft. — „Der Kampf mit dem Drachen.“ Wo diese Sorte geraucht wird, da rennt das „olk und wälzt sich fort. — „Frenz.“ Heißt die Kanaille. — „Décoléde.“ Rohlt fürchtbar. — „Heinrich.“ Mir graut's vor dir. — „Bismarck.“ Mit drei Haaren. — „Heidenröstein.“ Und der wilde Knabe brach. — „Nacht.“ Keines Menschen Freund. — „Mamie.“ Wird nie zu Mäde. — „Leporello.“ Der Raucher hat keine Ruhe bei Tag und Nacht. — „Langeweile.“ Nach Goethe ein böses Krant. — „Sach.“ Der Raucher wird in drei Zügen matt. — „Ariadne.“ Nicht ohne Faden. — „Geld.“ Wie feu. — „Johannes.“ Wird fürchtbar gerochen. — „König Lear.“ Wer sie raucht, wird von seinen Kindern verstoßen. — „Napoli.“ Sehen und sterben. — „Witzgänger.“ Diese Sorte ist aller Laster Anfang. — „Sekundärbahn.“ Ein Zug täglich genügt. — „Schnitz.“ Nur wer sie kennt, weiß, was ich leide. — „Sonas.“ Selbst ein Raucher behält sie nicht bei sich. — „König Philipp.“ Dein Geruch ist Nord. Und so müßte man beinahe das ganze Wächlein aufschreiben. Es sei schließlich ein Wort Berthold Auerbachs mitgeteilt, auf das sich Stettenheim einst nicht ohne Stolz berief: „Es gibt Talente, die Quellen, und solche, die Leide sind. Ihr Talent ist ein Quell.“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Bezugspreis: 12 Schilling. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gänzlich in Elberfeld.